

# Was bleibt von der DDR in der deutschen und europäischen Kultur?

Überarbeitete Fassung<sup>1</sup> August 2015

## Inhalt

### Inhaltsverzeichnis

Inhalt.....	1
1. Wer fragt, wer antwortet? .....	2
Was können wir wissen? .....	4
Von der Schiefe der Interpretationen und Hellsichtigkeit des Diktums von der „DDR als Fußnote der Weltgeschichte“ (Stefan Heym).....	5
2. Wo Bender und Co irrten: Die weltgeschichtliche und europäische Relevanz deutscher Zweistaatlichkeit und ihrer Aufhebung im Kontext von europäischer und deutscher Frage.....	6
In den vergangenen 25 Jahren ist Deutschland ein ganz anderes Land geworden.....	8
3. Autonomie und wechselseitige Bezogenheit der beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1990 werden von Historikern neu vermessen werden.....	10
Die DDR hatte maßgeblichen Anteil an Leistungen, Vorzügen und Entwicklungen der Alt-BRD, die dieser gewöhnlich als Eigenleistung zugeschrieben werden .....	12
Ohne die Existenz der DDR keine „deutsch-französische Aussöhnung“.....	13
Der Mauerbau (1961) als Katalysator auf dem Weg der Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland.....	14
„Sputnik-Schock“, das Ausbleiben von Fachkräften aus dem Osten, die Ausprägung der „Lerngesellschaft DDR“ (Hartmut Vogt) als Stimuli der bildungspolitischen Debatte und Reformen im westdeutschen Teilstaat .....	15
4. Die wichtigsten Ideen, Bestrebungen und Lebensformen, die mit der DDR gewöhnlich verbunden werden, gründen in der deutschen und europäischen Geschichte und haben sich mit dem Untergang der DDR nicht erledigt.....	17
Über die historische Einbettung der sozialistischen Idee.....	18
„Volksatheismus“ als besondere Gestalt des geschichtlichen Prozesses der Säkularisierung .....	18
Emanzipation der Frauen. Kulturelle Effekte des „Staatsfeminismus“ .....	20
Die reiche Theater- und Orchesterlandschaft zwischen Reproduktion und Erosion....	21

---

<sup>1</sup> Ein Entwurf des Textes wurde im Frühjahr 2015 mit Harald Dehne, Isolde Dietrich, Gerd Dietrich, Dietrich Mühlberg, Gerlinde Petzold, Herbert Pietsch und Renate Schuster diskutiert. Vor dem Hintergrund der Diskussion habe ich den Text überarbeitet. Für die erhaltenen Hinweise bedanke ich mich ausdrücklich bei allen Beteiligten. Für die Art der Aufnahme und Verarbeitung der erhaltenen Hinweise und Kritiken bin ich als Autor natürlich selbst verantwortlich.

5. Der Untergang der DDR ist nicht gleichbedeutend mit dem Verschwinden des sozialistischen Elements aus dem nationalen und europäischen Diskurs .....	22
Sozialismus im Ensemble der ideologischen Grundströmungen der Moderne .....	22
Staatssozialismus .....	24
Neo-Ideologien ersetzen klassische Formen ideologischer Grundströmungen der Moderne .....	27
Über den tiefen Fall und die Wiederkehr der sozialistischen Idee im Ensemble der Groß-Ideologien der Moderne .....	28
Deutschland – eines der Mutterländer der sozialistischen Idee im Europa des 21. Jahrhunderts?! .....	30
Schema typischer Verbindungen von sozialistischen Ideen und Subjekten in Deutschland .....	30
Relativ positive Einstellung zur Idee des Sozialismus in Deutschland. Empirische Daten – von den 1990ern bis 2015 .....	32
Relativ eigenständige sozialistische Tradition im Westen zwischen 1949 und 1990 wirkte immunisierend und federte den Untergang des Staatssozialismus ab .....	33
Das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (Dahrendorf) stärkt partiell sozialistische Positionen und ihre Träger .....	34
Woraus sich die hohe Akzeptanz der sozialistischen Idee in den neuen Bundesländern speist .....	35
Fazit: Was bleibt denn nun von der DDR in der deutschen und europäischen Kultur? .....	38

### 1. Wer fragt, wer antwortet?

Die Frage *Was bleibt von der DDR?* treibt Angehörige der Mitwelt mit Blick auf kommende Generationen – mithin die Nachwelt – um. Wer so fragt, hat in der Regel auch Antworten parat. Doch die Antworten sind die der Mitwelt. Dabei interessieren Frage und Antworten nicht die Mitwelt schlechthin. Gleichwohl bewegen sie Akteure und Institutionen im Inland wie im Ausland.

Das Problem beschäftigt innerhalb der deutschen Gesellschaft insbesondere einstige soziale Träger<sup>2</sup> der DDR sowie deren entschiedene Kontrahenten. Geäußert haben sich dazu Historiker, Publizisten, Politiker, Intellektuelle, Wissenschaftler verschiedener Disziplinen.

Doch nachdem Europa ab 1989/90 erneut in Bewegung geraten ist, hat die seit Jahrhunderten bestehende Verschränkung von deutscher und europäischer Frage<sup>3</sup> eine

<sup>2</sup> Siehe dazu Frank Thomas Koch: Deutsche Kulturgeschichte/ Zeitgeschichte: Über die sozialen Träger von Staat und Gesellschaft in der Endphase der DDR (1989-1990), in Kulturation. Online Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik Nr. 18 • 2015 • Jg. 38 [13] • Thema 88).

<sup>3</sup> Vgl. Werner Weidenfeld: Der deutsche Weg, Siedler, Berlin 1990.

neue Wendung bekommen. Der neue deutsche Großstaat gewann in den zurückliegenden Jahrzehnten erneut eine politische und ökonomische Führungsrolle in Europa. Innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland der mächtigste Akteur. Es ist zu einer „starken Mittelmacht“ (Egon Bahr), wenn nicht zu einer „kleinen“ (Dietrich Mühlberg) oder „mittleren Großmacht“ (Klaus Schroeder) geworden. Daher beschäftigt Beobachter der näheren und fernerer Nachbarländer, ja „Architekten der Weltpolitik“ (Weidenfeld) die Frage, ob sie nicht die Stärke eines größeren, souveräneren und mächtigeren Deutschlands fürchten oder zumindest neutralisieren müssten, ob sich die Deutschen nicht erneut anschickten, eine singuläre Führungsrolle einzunehmen.

Geopolitische Ansätze sowie ein Denken in Kategorien wie Hegemonie und Machtbalancen sind in Deutschland auf dem Felde der Außen- bzw. Internationalen Politik seit 1945 offiziell tabuisiert, wenn man von der extremen Rechten einmal absieht. Außerhalb Deutschlands ist das aber keineswegs der Fall. Für unseren Gegenstand aber (was bleibt von der DDR in der deutschen und europäischen Kultur?) ist die Einbeziehung auch dieser Dimension unabdingbar. Denn in diesem Zusammenhang erscheint die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit 1949-1990 in alt-neuem Licht: Die Ausweitung der Pluralität deutschsprachiger Staaten nach 1945 von drei auf sechs, das Splitten der Potenzen von Alt-BRD und DDR sowie ihre Einbindung in einander gegenüberstehende Blöcke verhinderte das Einnehmen einer erneuten hegemonialen Rolle Deutschlands in Europa. Die Rivalität der beiden deutschen Staaten hatte zudem die Optionen Dritter erheblich erweitert und ihnen manche Vorteile eingebracht. Nunmehr, seit den 2000er Jahren, ist der Arm der alt-neuen Hegemonialmacht Deutschland in Europa fühlbarer geworden. Was ersetzt die DDR, wenn es sie nicht mehr gibt, um deutscher Dominanz in Europa entgegen zu wirken? Sind es die Kosten und Lasten der deutschen Vereinigung, die als Bleigewichte wirken? Hemmen innere Bruch- und Spaltungslinien des neuen Deutschlands seinen hegemonialen Lauf? Sind es verinnerlichte Skrupel der Herrschenden? Bedingt mögen all diese Faktoren zeitweilig eine Rolle spielen oder gespielt haben. Ein „deutsches Europa“ ist für alle, die zwischen Oder und Rhein irgendwie links eingestellt sind eine negativ besetzte Option. Auch die Bundesregierungen genießen es zwar, die Vormacht in Europa zu sein, sie scheuten es bislang indes die Kosten und Lasten einer solchen Rolle auf sich zu nehmen. In erster Linie konnten und können sich die Nachbarn mit der Existenz des neuen deutschen Großstaates nur dadurch versöhnen, dass dieser in die EU eingebunden ist. Überdies verhindern die Heterogenität der Interessen und Ungleichmäßigkeit der Entwicklung<sup>4</sup> der Mitgliedstaaten der Europäischen Union nachhaltig das Entstehen eines „deutschen Europas“. Heterogenität und Ungleichmäßigkeit der Entwicklung innerhalb der EU haben ein solches Maß erreicht, dass

---

<sup>4</sup> Vgl. dazu W. I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Lenin Werke, Band 21, Seite 342-346; Dietz Verlag Berlin, 1972.

das 1994 entwickelte Kern-Europa-Modell<sup>5</sup> gegenwärtig wieder in den Blick von Akteuren und Institutionen rückt, um die EU handlungsfähiger zu machen. Diese Strategie verspricht sich von einer Reduzierung der EU-Mitgliedsländer eine Verringerung der Heterogenität, eine vertiefte Integration im „Kern“ und eine abgestufte Integration bei den Out-of-Core-Staaten.<sup>6</sup>

Ich möchte mit meinem Beitrag gleichermaßen gegen ein überschüssiges Dämonisieren wie spontan-unreflektiertes Ausblenden und Kleinreden zivilisatorischer und kultureller Leistungen des zweiten deutschen Teilstaates und seiner Bürger anschreiben. Und ich möchte auch objektiv gegebene Effekte seiner bloßen Existenz und einige seiner Erbschaften und Nachwirkungen in den Blick rücken. Die DDR stand für etwas, das mit ihrem Untergang nicht aus der Welt ist. Für den Versuch, soziale Ungleichheit zu bearbeiten, um nur diesen einen Punkt zu nennen. Sind doch alle historisch bekannten Gesellschaften der Vergangenheit und Gegenwart, über die wir Näheres wissen, durch allgemeine und jeweils spezifische Formen der sozialen Ungleichheit charakterisiert. Darüber hinaus scheint es mir dringlich, die DDR als ein Land mit einer interessanten Geschichte zu präsentieren.

### Was können wir wissen?

Für die Beantwortung der Frage, was von der DDR in der deutschen und europäischen Kultur bleiben wird, empfiehlt es sich zum einen, singuläre wie wiederkehrende und sich reproduzierende Konstellationen, stabile Lebensformen, sodann Interessen, Ideologien und Wertvorstellungen, historisch überkommene Deutungsmuster zu identifizieren, in denen DDR-Erbschaften gleichsam transportiert und im Hegelschen Sinne aufgehoben werden.

Meine zentrale These: Von der DDR bleibt in der deutschen und europäischen Kultur mehr als im zeitgenössischen Bewusstsein der Jahre 1990-2015 reflektiert und zugestanden wird. Und das ist der Fall, weil die DDR als Teil der deutschen und europäischen Geschichte zu fassen ist, weil sie aus dieser wie jener hervorging und in der deutschen wie europäischen Geschichte Spuren und Eigenleistungen hinterlassen hat.

In diesem Sinne möchte ich mehrere Dimensionen voneinander abheben, die erklären, warum die DDR im „kulturellen Gedächtnis“ (Jan Assmann) der Deutschen und Europäer auch nach ihrem Untergang präsent sein wird.

Am Anfang soll jedoch der Platz der DDR im zeitgenössischen Bewusstsein besichtigt werden, der ihr in historischer Perspektive zugesprochen wird.

---

<sup>5</sup> Vgl. Positionspapier von Wolfgang Schäuble, Karl Lahmers, Michael Glos und Günter Rinsche: Überlegungen zur europäischen Politik, 01.09. 1994; vgl. Schäubles Vorschlag eines zeitweiligen Grexit 2015; vgl. „Wir brauchen ein Kerneuropa.“ Der Politologe Herfried Münkler über die Griechenland-Krise und die Zukunft der Europäischen Union, Berliner Zeitung 15. Juli 2015, S, 23.

<sup>6</sup> Vgl. Wolfgang Wessels: Die Europäische Union der Zukunft – Die Fusionsthese, in: Thomas Jäger; Melanie Piepenschneider (Hrsg.): Europa 2020. Szenarien politischer Entwicklung, Leske + Budrich, Opladen 1997: 75.

## Von der Schiefe der Interpretationen und Hellsichtigkeit des Diktums von der „DDR als Fußnote der Weltgeschichte“ (Stefan Heym)

Am Abend des 18. März 1990 klagte der Schriftsteller **Stefan Heym** bitter: „Es wird keine DDR mehr geben. Sie wird nichts sein als eine Fußnote der Weltgeschichte“. Mit diesen Worten quittierte Heym den Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ bei der letzten Volkskammerwahl in der DDR. Jene Allianz war zur Wahl neben positiven Programmaussagen mit dem Slogan „Nie wieder Sozialismus!“ angetreten.

Im Lichte von Leben und Werk des Schriftstellers Stefan Heym war das Fußnotengleichnis sowohl als Klage wie als Anklage gemeint. Beklagt wurden verlorene und verspielte Entwicklungsoptionen, die die Wähler der „Allianz für Deutschland“ aus der Sicht des Autors bewusst ausgeschlagen hatten. Bemerkenswert ist zudem zweierlei. Heym hebt mit seinem Diktum spielerisch auf den Doppelcharakter von Welt und Weltgeschichte – als Realprozess und als Text – ab. Und soweit Weltgeschichte als geschriebener oder zu schreibender Text Kontur gewinnt, kann ein solcher Text nicht ohne Fußnoten auskommen. Dies zum einen. Zum anderen klingt bei Heym die europäische, ja weltgeschichtliche Bedeutung der Existenz der DDR wie ihres nunmehr vorhersehbaren Untergangs an. Insofern ist zu fragen, ob und inwieweit der Existenz der DDR oder auch bestimmten von ihr ausgehenden Entwicklungen weltgeschichtliche Bedeutung beizumessen ist (siehe dazu Kapitel 2, 4 und 5).

Heyms Diktum wurde von anderen Zeitgenossen in Deutschland sofort aufgegriffen und in seiner Kernaussage in der je eigenen Anschauung umgeschmolzen.

In **Hans-Ulrich Wehlers** „Deutscher Gesellschaftsgeschichte“<sup>7</sup> ist die DDR in historischer Perspektive nicht mehr als eine Fußnote in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Aus der DDR als Fußnote der Weltgeschichte ist eine Fußnote in der Geschichte der Bundesrepublik geworden. Mit dieser Wendung wird die Relevanz der DDR nochmals herabgestuft. Die Wehler-Transformation des Fußnotengleichnisses wirft indes die Frage auf, ob und inwieweit durch die Existenz der DDR oder ihr Agieren Entwicklungen des westdeutschen Teilstaates ausgelöst wurden (siehe Kapitel 3) und inwieweit der Beitritt der DDR Koordinaten des vereinten Deutschland verändert (Kapitel 2, 4 und 5). **Klaus Harprecht** kommentierte die Wehler-Transformation des Heymschen Diktums 2008 immerhin mit den Worten: „Fußnote DDR“? Ach, wäre es so!`. Er hatte also seine Zweifel an dieser Sicht des Groß-Historikers.

„Fußnote“ ist überdies ein Wort, das weitere, freilich etwas schräge Ausdeutungen nahelegen oder auslösen kann.

Wer beispielsweise ironisch-spielerisch vorgibt, Fußnoten seien eine deutsche Marmotte, mittels derer es möglich ist, sich unansehnlicher Aufgabe ähnlich einer Toilette<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949–1990, Beck, München 2008.

<sup>8</sup> „Es bedurfte eines amerikanischen Fachkollegen, um das Fußnotentheater zu entzaubern. Anthony Grafton veröffentlichte 1995 das köstliche Buch „Die tragischen Ursprünge der deutschen Fußnote“. Darin lesen wir: „Wie die Toilette macht es die Fußnote möglich, sich unansehnlicher Aufgaben quasi

zu entledigen, der hat wenig Schwierigkeiten, von der „Fußnote“ assoziativ zum „Abfall- oder Müllhaufen der Geschichte“ zu gelangen. Der Abfall- oder Müllhaufen der Geschichte ist indes kein Platz, auf dem das bloß Vergessene lagert, sondern ein Ort für Gestalten und Gewalten der Geschichte, die einer *Damnatio Memoriae*, Verdammung des Andenkens, anheimfallen. Aus dieser Perspektive habe Heym sich gründlich geirrt. Denn wider Erwarten landete der sozialistische Staat nicht einfach auf dem Müllhaufen der Geschichte: Sein Gedankengut und seine Ideale lebten im vereinten Deutschland auf irritierende Weise fort, so **Klaus Schroeder**.<sup>9</sup>

**Peter Bender** knüpfte 1991 an Stefan Heym mit Blick auf die DDR und ihren Platz in der deutschen Geschichte an eine andere verbreitete Lesart von Fußnoten an. Für manche Autoren und viele Leser erscheinen Fußnoten als etwas, das eigentlich entbehrlich, überflüssig sei, den Lesefluss hemme oder aber ohne Not und Verlust auch überlesen werde könne. In diesem Sinne wird aus der Heymschen Fußnote bei Bender die Marginalie, das Nebensächliche, Randständige, das, was zu vergessen ist und vergessen wird. Unter der Zwischenüberschrift „Was bleibt für den Historiker?“ heißt es: „Die DDR aber hinterlässt nichts, was sie als historisches Beispiel bedenkenwert machen kann[...]. Spätere Zeiten werden die sowjetrussische Herrschaft in Mitteleuropa beachten, von der DDR werden sie wenig im Gedächtnis behalten[...]; wichtiger als die Existenz der DDR wird wahrscheinlich die Form sein, in der sie unterging. Sonst aber bleibt die kommunistisch-deutsche Republik eine Episode. Sie wird in die lange Reihe der Staaten eingehen, die im Laufe deutschen Geschichte entstanden, vergingen und vergessen wurden“.<sup>10</sup>

## 2. Wo Bender und Co irrten: Die weltgeschichtliche und europäische Relevanz deutscher Zweistaatlichkeit und ihrer Aufhebung im Kontext von europäischer und deutscher Frage

Peter Bender war ein erfahrener und scharfsinniger Beobachter der deutsch-deutschen Verhältnisse, dem ich manche Einsicht und Erkenntnis verdanke. Doch in der oben zitierten Passage verlässt ihn seine Urteilskraft. Die DDR ist nicht mit einer Vielzahl<sup>11</sup> nahezu vergessener deutscher Staaten wie Schaumburg-Lippe, Hessen-Nassau oder Schwarzburg-Rudolstadt zu vergleichen, weil ihre Existenz wie ihr Untergang von europäischer, ja weltgeschichtlicher Bedeutung war. (Zudem stand die DDR im Unterschied zu vielen anderen Staatsgebilden in der deutschen Geschichte für ein „gesellschaftliches Projekt“.)

---

im stillen Kämmerlein zu entledigen. Wie die Toilette ist sie vornehm versteckt“, so Götz Aly: Sammler im Garten der Wissenschaft, Frankfurter Rundschau, 21. Februar 2011, S. 12 (Kolumne).

<sup>9</sup> Vgl. Klaus Schroeder: Das neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört, wjs, Berlin 2010). Was aber ist es, was das fortlebt und nicht vergehen will?

<sup>10</sup> Peter Bender: Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr? Luchterhand Hamburg Zürich 1992:153; 155.

<sup>11</sup> Einen Überblick über staatliche Gebilde in der deutschen Geschichte bietet Gerhard Körbler: Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Beck, München 1999.

Die europäische und weltgeschichtliche Bedeutung der DDR wie ihres Untergangs (gleiches gilt natürlich auch für die Alt-BRD und erst recht das vereinte Deutschland) gründet zunächst in einer doppelten Konstellation – in der seit zwei Jahrhunderten gegebenen und sich reproduzierenden **Verschränkung von deutscher und europäischer Frage wie auch in ihrer zeitlich begrenzten und bedingten historischen Ausbalancierung in Gestalt der deutschen Zweistaatlichkeit**. In den Blick möchte ich hier nicht so sehr die konkreten und sich wandelnden jeweiligen Inhalte der deutschen wie europäischen Frage nehmen, sondern die Konstellation ihrer Verschränkung.<sup>12</sup>

Die europäische Mitte, in der „Deutschland“<sup>13</sup> lag und liegt, hat zu allen Zeiten die Interessen der umliegenden Staaten und Mächte berührt. Man hat geglaubt, wer Deutschland erobere oder auf seine Seite ziehe, werde die Vorherrschaft in Europa gewinnen. Daher war die Mitte Europas Zentrum wie auch Ausgangspunkt machtpolitischer Interessen. Bereits Paul de Lagarde (1827-1891) vertrat mit Blick auf die Situation Deutschlands die Position: „Schon allein durch seine Lage ist es bestimmt, im europäischen Staatsleben entweder zu dominieren oder dominiert zu werden, ein Drittes gibt es nicht.“<sup>14</sup> Die Verschränkung von deutscher und europäischer Frage gründet indes nicht allein in der geographischen „Mittellage“. Sie resultiert auch daraus, dass zum *Zeitpunkt des Aufkommens der Idee der Nation und des Nationalismus*<sup>15</sup> die zahlreiche deutschsprachige Bevölkerung zum einen relativ kompakt und zusammenhängend in einer Vielzahl von Staaten lebte (1815: 39 Staaten im Deutschen Bund plus Schweiz=40) und zum anderen verstreut in etlichen weiteren Staaten Europas außerhalb des Deutschen Bundes. Seit dem 18. Jahrhundert stieg Preußen zu einer Großmacht auf und konkurrierte mit Österreich zwischen 1815 und 1866 um die Vormacht im Deutschen Bund. Das 1871 geschaffene Deutsche Reich stand für die staatliche Einheit auf kleindeutscher Grundlage – ohne die deutschsprachigen Teile Österreichs. Es entwickelte sich rasant und strebte seinerseits nach Weltgeltung. Zwei Weltkriege gingen von deutschem Boden aus.

Werner Weidenfeld hat wohl Recht, wenn er bemerkt: „Wie das Zusammenleben der Deutschen und damit der Mitte Europas politisch gestaltet werden soll, dies gehört zu den dramatischsten Themen, die die Geschichte kennt. Es löst Kriege aus, führt internationale Koalitionen zusammen und auseinander, provoziert hektisches machtpolitisches Kalkül.“<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl. Werner Weidenfeld: Der deutsche Weg, Siedler, Berlin 1990.

<sup>13</sup> „Deutschland“ gibt es realiter als politisch und geographisch klar umrissene Größe nicht vor 1871.

<sup>14</sup> Zit. nach Werner Weidenfeld: Der deutsche Weg, Siedler, Berlin 1990: 65.

<sup>15</sup> Um 1800.

<sup>16</sup> Werner Weidenfeld: Der deutsche Weg, Siedler, Berlin 1990: 9.

Mit der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 schied Deutschland aus dem Kreis der Großmächte aus. Es erfolgte ein Rückkehr zur Pluralität<sup>17</sup> deutschsprachiger Staaten. Und die 1949 installierte deutsche Zweistaatlichkeit, die Einbindung beider deutscher Staaten in die den Kalten Krieg austragenden Blocksysteme garantierte jahrzehntelang die Einhegung der kritischen Größe und Masse, die ein vereinigtes Deutschland erreichen würde. Die West- bzw. Ostintegration der beiden deutschen Teilstaaten in konkurrierende Blöcke hatte den Zweck, Sicherheit *für* (das in zwei Staaten existierende) Deutschland und Sicherheit *vor* (dem in zwei Staaten existierenden) Deutschland zu schaffen. Zugleich sollte das jeweilige wirtschaftliche und politische Potential der beiden Deutschländer für ihre Blöcke effektiv gemacht werden, ohne dass es für die blockinternen Nachbarn erneut zur Gefahr werde. Insofern war die bloße Existenz der DDR von europäischer und weltgeschichtlicher Bedeutung. Der italienische Politiker Giulio Andreotti (\*1919- †2013) brachte dann exemplarisch die Bedenken vieler gegen die deutsche Einheit und das Interesse an der Zweistaatlichkeit auf den Punkt: „Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich lieber zwei davon hätte“.

### In den vergangenen 25 Jahren ist Deutschland ein ganz anderes Land geworden

Mit der deutschen Einheit und dem Umbruch in Osteuropa, dem Zerfall der Sowjetunion, der EU- Erweiterung auf 28 Staaten und der Gemeinschaftswährung Euro in 19 (2015) der EU-Länder hat sich der Kontinent verändert. Das vereinigte Deutschland ist das mit Abstand ökonomisch stärkste und politisch stabilste Land der Europäischen Union – gerade auch nach und in Folge der Finanz- und Eurokrise ab 2008. Deutschland ist in den Augen der anderen zu einer „starken Mittelmacht“, wenn nicht gar zu einer „kleinen Großmacht“ geworden. Von den USA und anderen Partnern in der NATO wird erwartet, dass Deutschland „mehr Verantwortung“ übernehme und sich an abenteuerlichen Interventionen beteilige. Erstmals bei der US-geführten Irak-Intervention (2003) verweigerte Deutschland die Gefolgschaft. Manche Akteure in der Europäischen Union wie außerhalb treibt indes die Sorge um, ob nicht die deutsche Einheit den Weg zu einem „deutschen Europa“ geöffnet habe, statt zu einem von ihnen eher politisch gewollten und tolerierbaren „europäischen Deutschland“. Wieder andere befürchten, dass Deutschland zu sehr den Schulterschluss zu Russland auf Kosten und zu Lasten ihrer Interessen suchen werde. Entschiedene „Transatlantiker“ in Politik, Wissenschaft und Medien zwischen Flensburg und München, all jene die das Hohe Lied der Westbindung singen, vermissen die entschiedene und aus ihrer Sicht im Zweifelsfall immer zu suchende Aktionseinheit Deutschlands mit den USA und dem „Westen“.

Die Frage nach dem künftigen Standort der Bundesrepublik Deutschland in Europa und in der Welt ist vor allem ein Feld der politischen und intellektuellen Auseinander-

---

<sup>17</sup> Wiederherstellung der Staatlichkeit Österreichs (bei Anschlussverbot an Deutschland) und Luxemburgs; Schweiz; Liechtenstein, Alt-BRD und DDR.



setzung zwischen Oder und Rhein selbst. Dies zeigt sich bei den aktuellen Auseinandersetzungen um das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, in der Ukraine-Krise und der Bestimmung des Verhältnisses zu Russland, in der Debatte, wie Griechenland und die Südländer der EU wieder auf die Beine kommen sollen, in der NSA-Affäre, in der Position zur NATO...

Werner Weidenfeld legte m.E. überzeugend dar, dass die Deutschen ihren Standort, ihren Zukunftsentwurf, ihre Position zu je aktuellen Krisen, Konflikten und Herausforderungen mit Hilfe jenes Bestandes an Bildern bestimmen werden, die sie bisher von sich selbst in den letzten beiden Jahrhunderten entworfen haben.<sup>18</sup> Dabei handelt es sich um ein Set von neun Entwürfen. Mit ihnen werde auch das Deutschland des 21. Jahrhunderts in der Zukunft hantieren:

>>Westbindung und Westorientierung<<,

>>Antiwestliches Denken<<,

>>Sonderwegbewusstsein<<,

>>Mittellage-Denken<<,

>>Der dritte Weg<<,

>>Europäische Deutschland-Konzepte<<,

>>Proöstliche Neigungen<<,

>>Antiöstliche Affekte<<,

>>Deutschland als geistige Möglichkeit<< im Sinnes eines Gegenbildes der nationalen Wirklichkeit.<sup>19</sup>

Diese von Weidenfeld benannten historisch überkommenen Bilder sind jeweils offen für das Thematisieren und Bearbeiten je neuer Konflikte, Krisen, politischer wie gesellschaftlicher Herausforderungen. Wohin es Deutschland im 21. Jahrhundert treibt, welcher Zukunftsentwurf sich durchsetzen wird, ist ebenfalls eine offene Frage. So viel aber lässt sich heute festhalten:

Erstens. Die einstigen DDR-Bürger haben diesen neun Standort- und Zukunftsentwürfen keine weiteren hinzugefügt. Buchstäblich alle von Weidenfeld zusammengestellten historisch-überkommenen Bilder fanden und finden auch jeweils in der ostdeutschen Bevölkerung ihre Anhänger und Unterstützer, wenn auch in sehr unterschiedlichen Proportionen.

Zweitens. Deutschland ist in den vergangenen 25 Jahren nicht nur wegen des Vereinigungsprozesses, sondern auch wegen der Entwicklungen in der globalisierten Welt, des sozialstaatlichen Um- und Abbaus, der gewachsenen Kluft zwischen Arm

---

<sup>18</sup> Vgl. Werner Weidenfeld: Der deutsche Weg, Siedler, Berlin 1990 : 7.

<sup>19</sup> Vgl. Werner Weidenfeld: Der deutsche Weg, Siedler, Berlin 1990 : 182ff.

und Reich, des gewachsenen Anteils von Migranten an der Bevölkerung der Bundesrepublik „ein anderes Land“ geworden (Heinz Bude). In den Augen der anderen und der Deutschen selbst wurde es zu einer „kleinen Großmacht“. Manche durch die deutsche Zweistaatlichkeit gezähmten Akteure sehen nun wieder ein Spannungsgeld zwischen anzustrebendem Machtgleichgewicht und ihnen „zufälliger“ Hegemonie, zwischen der Hybris der Machtbesessenheit und Machtvergessenheit – zumindest in Europa.

Drittens. Ein Stück weit hat Klaus Schroeder wohl recht, wenn er meint, das „vereinte Deutschland“ sei aber im Vergleich zur Alt-Bundesrepublik und manchen seiner Nachbarn „nicht westlicher, sondern eher östlicher, eher linker als rechter, eher sozialdemokratischer als liberal-konservativer, eher staats- als marktbezogener geworden.“<sup>20</sup> Allerdings dramatisiert der Frontmann vom „Forschungsverbund SED-Staat“ ein wenig, wenn er diese von ihm und seinesgleichen natürlich nicht gewünschten Entwicklungen herausstellt. Und dennoch: an dieser teils unmerklichen, teils deutlichen Koordinatenverschiebung haben die Deutschen aus der DDR sehr wohl einen Anteil.

### 3. Autonomie und wechselseitige Bezogenheit der beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1990 werden von Historikern neu vermessen werden

Wenn der Existenz der DDR in „geostrategischer Hinsicht“ durchaus weltgeschichtliche und europäische Bedeutung zuzubilligen ist, kann sie dann in historischer Perspektive nur eine Fußnote in der Geschichte der Bundesrepublik sein?

Beide deutsche Staaten waren Nachfolger Hitlerdeutschlands. Aus diesem Faktum resultierten eine Reihe gleicher Herausforderungen, Aufgaben:

Wie ist die materielle Hinterlassenschaft Nazi-Deutschlands und des Krieges zu überwinden, d.h. Wiederaufbau zu organisieren, Wohnung, Ernährung, Kleidung, Schutz vor Kälte für die Bevölkerung zu sichern?

Wie ist ein gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Neuanfang mit einer Bevölkerung hinzubekommen, die mehrheitlich den Nazis bis zum Schluss gefolgt ist, in der der Kreis der NS-Täter und willfährigen Helfer sehr groß war? Auf welche Weise und bis zu welchem Grad muss es eine Entnazifizierung geben?

Wie können Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umgesiedelten, die in der Regel alles verloren hatten, integriert werden und Lebensperspektiven gewinnen?

---

<sup>20</sup> Klaus Schroeder: Das neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört, wjs, Berlin 2010:230.

Wie lassen sich das Misstrauen und die Ablehnung gegen alles Deutsche bei den näheren und ferneren Nachbarn überwinden?

Standen beide deutsche Staaten bei ihrer Gründung unter Besatzungsrecht, so suchten sie im Verlaufe ihrer Entwicklung und Existenz mehr autonome Gestaltungsmacht und Handlungsfreiheit zu gewinnen.

Schließlich standen beide Deutschländer vor dem Problem, wie sie es mit der staatlichen Einheit und dem je anderen Teilstaat halten und wie sie in ihrem jeweiligen Bündnis (EWG/NATO vs. RGW/Warschauer Pakt) operieren sollen.

Für diese Herausforderungen und Aufgaben wurden in beiden Staaten Antworten und Lösungen entwickelt, die sich in mancher Hinsicht deutlich unterschieden und in mancher Hinsicht Ähnlichkeiten aufwiesen. Beide deutsche Staaten entwickelten sich im Rahmen der Vorgaben und Restriktionen, die ihre jeweiligen Vormächte ihnen auferlegten einerseits autonom und andererseits waren sie in allen Phasen ihrer Existenz wechselseitig aufeinander bezogen.<sup>21</sup>

„Autonom“ meint, beide Teilstaaten entwickelten sich nach Maßgabe je eigener Vorstellungen, Regeln, Interessen vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Geschichte. „Autonom“ impliziert zudem: „Was den West- und den Ostdeutschen nach 1945 wiederfuhr, ist gleich wichtig und hat gleichen Anspruch, von den Historikern mit Aufmerksamkeit bedacht zu werden.“<sup>22</sup>

Bei aller eigensinnigen Autonomie bezogen sich beide deutsche Staaten in jeder Phase ihrer Existenz wechselseitig aufeinander. Sie verhielten sich gleichsam wie zwei kommunizierende Gefäße. Teils durch ihr bloßes Dasein, teils durch ihre offenen und verdeckten Operationen im Wettkampf der Systeme beeinflussten sie einander. (Bei den Gesellschaften war der wechselseitige Bezug asymmetrisch – im Westen geringer, im Osten stärker.) Sie standen, wenn man die gut vierzig Jahre der Zweistaatlichkeit unter Absehung von Dominanten in verschiedenen Phasen auf den Punkt bringen will, stets in einem Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Für das Feld der Kooperation mag exemplarisch der innerdeutsche Handel stehen und die Tatsache, dass die DDR seit Gründung der EWG (1957) aufgrund von Sonderregelungen für den innerdeutschen Handel, die die Alt-Bundesrepublik durchgesetzt hatte, indirektes Mitglied der EU war. Ferner eine Vielzahl von Verträgen, innerdeutsche Transfers sowie Bank-Kredite an die DDR, die der CSU-Politiker Franz Josef Strauß 1982 vermittelt hatte, das SPD-SPD-Papier von 1987 „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ sowie die Entspannungspolitik und ihre Folgen („Wandel durch Annäherung“).

---

<sup>21</sup> Vgl. Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, dtv, München 1996.

<sup>22</sup> Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, dtv, München 1996: 10.

Auf der anderen Seite suchten beide deutsche Staaten sich gegenseitig das Wasser abzugraben, im Wettstreit der Systeme Punkte zu Lasten der anderen Seite zu machen. Das Feld der Auseinandersetzung war nicht nur Deutschland, sondern letztlich die ganze Welt. Sie entwickelten beide zeitweilig Konzepte oder Planspiele zur Übernahme des je anderen Teilstaates. Für das Feld der Konkurrenz, des antagonistisch aufgeladenen Konflikts stehen exemplarisch: das Durchsetzen bzw. das erfolgreiche Unterlaufen der von 1955 bis 1969 bestehenden Hallsteindoktrin, die auf die außenpolitische Isolierung der DDR zielte. Ebenso die Embargo-Politik gegenüber der DDR und dem Ostblock und die Bemühungen sie zu umgehen; die Abgrenzungspolitik der DDR und das Insistieren auf den Fortbestand der Nation, auf nationale Einheit und Selbstbestimmung seitens der Alt-BRD. Ferner war in beiden Teilstaaten die Überzeugung groß und handlungsleitend, dass die je andere Seite auf Organisationen und Akteure innerhalb ihres Territorium setzen könne, die als Agenten bzw. als „fünfte Kolonne“ fungieren würden. Daher haben beide Teilstaaten (nicht nur die DDR) solche Organisationen verboten, individuelle und kollektive Akteure überwacht, unter Beobachtung gestellt, mit Strafen und Repression bedacht. Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen beiden deutschen Staaten waren nicht nur deren jeweilige Politik und Praxis, sondern auch deren Amtsträger. Seit 1955 gab die DDR belastendes Material über einzelne Richter, Staatsanwälte, Politiker der Alt-BRD heraus, die gelegentlich zu Rücktritten führten. 1965 präsentierte der SED-Politiker Albert Norden das „Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft“. Aufgelistet wurden darin die SS-Dienststränge und NS-Parteiämter von 1800 Wirtschaftsführern, Politikern und führenden Beamten der Bundesrepublik Deutschland. Eine Neuauflage wurde 1967 auf der Frankfurter Buchmesse beschlagnahmt. In der Alt-BRD agierte ab 1961 die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter. Sie dokumentierte das justiziable Handeln, Dulden oder Unterlassen von Amtsträgern der DDR, um es dereinst ahnden zu können.

[Die DDR hatte maßgeblichen Anteil an Leistungen, Vorzügen und Entwicklungen der Alt-BRD, die dieser gewöhnlich als Eigenleistung zugeschrieben werden](#)

Indem nun beide Teilstaaten durch Kooperation wie Konkurrenz, Wettstreit, Konflikt mit einander verbunden und auf einander bezogen waren, beeinflussten sie innere Entwicklungen der je anderen Seite nachhaltig. Schon allein deshalb, weil beträchtliche Mittel und Kräfte bereit zu stellen und gebunden waren. Die DDR als ärmerer Part wurde dadurch in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stärker beschnitten als der westdeutsche Konkurrenzstaat. Es gab indes auch Aktionen der DDR, die die andere Seite unter Zugzwang setzte oder auf bundesdeutscher Seite Reformagenden, nicht intendierte Entwicklungen mit beeinflussten. Drei solcher Fälle seien exemplarisch in den Blick genommen.

## Ohne die Existenz der DDR keine „deutsch-französische Aussöhnung“

Adenauer betrieb nach Gründung der Bundesrepublik die Westintegration des Teilstaates und er bemühte sich in diesem Zusammenhang um eine Annäherung an Frankreich. Die Aussöhnung mit den Nachbarländern und -völkern wurde nicht zuletzt in Ost und West jeweils durch den Kalten Krieg befördert.

Adenauer ging es letztlich um eine Rehabilitierung Deutschlands (die DDR war für ihn Sowjetzone) und um einen Zuwachs an Souveränität. Ausdruck des gewachsenen Vertrauens in Westeuropa, darunter zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, waren die Gründung der Montanunion (1952) und der EWG (1957). 1963 schließlich wurde ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Frankreich geschlossen, der die Freundschaft institutionalisierte und u.a. regelmäßige politische Konsultationen der Regierungen beider Länder vorsieht und in beeindruckender Weise vielfältige Beziehungen in anderen Bereichen beförderte. Auf französischer Seite war die Interessenlage an der Aussöhnung, insbesondere unter de Gaulle, ein wenig anders. De Gaulle war von der Vision geleitet, Frankreich wieder als „Grande Nation“ zu etablieren. De Gaulle sah in dem Vertragswerk mit der Bundesrepublik ein Mittel zum Zweck, ein vereintes Europa unter französischer Führung zu schaffen. Er wollte verhindern, dass Westdeutschland in den Sog der Sowjetunion geriete und etwa ein neutrales oder nicht-neutrales Gesamtdeutschland entstünde. Zugleich wollte er den Einfluss der USA in Europa verringern und die Bundesrepublik aus deren Vormundschaft lösen. Diese Vision war sicher ein wenig bizarr mit Blick allein schon auf die Frankreich zu Gebote stehenden Ressourcen, doch bestimmte sie dennoch das politische Handeln. De Gaulle hätte sich mithin niemals so auf die Annäherung eingelassen und sie befördert, wenn der potentielle Partner ein wie immer geartetes Gesamtdeutschland gewesen wäre. Insofern war die bloße Existenz der DDR eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Annäherung, Aussöhnung zwischen der Bundesrepublik (in ihrem Selbstverständnis Deutschland) und Frankreich.

Natürlich hätte es auch im Falle eines geeinten Deutschlands Annäherungen an Frankreich gegeben, aber auf kleinerer Flamme und nicht in diesem Tempo. Sicher gewann das Vertragswerk zwischen der Bundesrepublik und Frankreich eine Eigen-dynamik, auch und gerade in kultureller Hinsicht, unabhängig von den politischen Kalkülen der Architekten der Annäherung auf beiden Seiten. Und das erreichte Niveau überstieg aus vielerlei Gründen bei weitem das, was die DDR und Polen an Annäherung zwischen 1949 und 1990 zu erreichen vermochten. Doch wäre es unlauter, den Anteil der DDR an der „deutsch-französischen Aussöhnung“ weiterhin auszu-blenden.

## Der Mauerbau (1961) als Katalysator auf dem Weg der Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland

Marschall-Plan (1947), Währungsreform (1948) und der Korea-Krieg (1950-1953) lösten im westlichen Deutschland eine Entwicklung und Dynamik, eine intensive Wachstumsphase des Sozialprodukts aus, die vor Ort und im Ausland als „Wirtschaftswunder“ wahrgenommen wurde. Der Wachstumsschub und Wohlstandszuwachs breiter Bevölkerungskreise ab den 1950er Jahren war enorm. Und er übertraf das, was in der DDR in dieser Hinsicht erreicht wurde. Die Arbeitslosigkeit sank zwischen Flensburg und München von 8,2% (1950) auf 0,6% (1960).

Zwischen 1949 und 1961 verließen rund 2,7 Millionen Menschen die DDR teils aus wirtschaftlichen, teils aus politischen Gründen, um sich als Flüchtlinge oder Antragsteller im Notaufnahmeverfahren in West-Berlin oder im Bundesgebiet registrieren zu lassen. Etwa 50 von Hundert waren jünger als 25 Jahre, weniger als 10 von Hundert Rentenempfänger.<sup>23</sup> Für die DDR war dieser Aderlass verheerend, für die Bundesrepublik ein Segen. Insofern war die DDR, wenn auch unfreiwillig, eine der Quellen des Wirtschaftswunders, in dem sie für einen Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte sorgte. 1961 wurde mit dem Bau der Mauer die Abwanderung aus dem ostdeutschen Teilstaat nach Westdeutschland gestoppt. Da aber der Arbeitskräftebedarf im Westen recht hoch war, wurden „Gastarbeiter“ aus dem Mittelmeerraum angeworben. Entsprechende Abkommen wurden mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) geschlossen. Der Anteil der in Westdeutschland lebenden Ausländer stieg von knapp 0,7 Millionen (1961) auf vier Millionen 1973.<sup>24</sup> Die Schließung der innerdeutschen Grenzen durch die DDR führte dazu, dass von da an der westdeutsche Teilstaat de facto zu einem Einwanderungsland für Personen nichtdeutscher Herkunft wurde. Zwar wurde das vor Ort lange nicht so gesehen und politisch gewollt. Angedacht war ursprünglich eine zeitweilige Beschäftigung und Rotation der ausländischen Arbeitskräfte. 1973 wurde sogar ein Anwerbestopp verhängt. Doch ein beträchtlicher Teil der „Gastarbeiter“ blieb auf Dauer und holte Familienangehörige nach. Ab den 1980er Jahren wurde Westdeutschland zudem in wachsendem Maße Zielgebiet von Asylsuchenden aus Krisengebieten, die sich auf das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf Asyl beriefen. Das Grundrecht auf Asyl wurde 1993 nach einer zwanzig Jahre andauernden Auseinandersetzung gekappt, d.h. seine Inanspruchnahme drastisch eingeschränkt.<sup>25</sup> Erst seit der Jahrtausendwende ist Deutschland dabei, sich mit vielen Widerständen und Widersprüchen als Einwanderungsland

---

<sup>23</sup> Vgl. DDR-Handbuch, wiss. Ltg. Hartmut Zimmermann, Bd. 1 Stichwort Flüchtlinge, Wissenschaft und Politik, Köln 1985: 418-420.

<sup>24</sup> Vgl. Rainer Geißler: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel, in: Karl-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland-Trendbuch. Fakten und Orientierungen, Leske + Budrich, Opladen 2001: 117.

<sup>25</sup> Vgl. Christian Bommarius: Das Grundgesetz. Eine Biographie, Rowohlt Berlin 2009: 251/252.

wahrzunehmen und seine Regeln anzupassen. Doch der Einstieg in diese Entwicklung erfolgte mit dem Bau der Berliner Mauer.

„Sputnik-Schock“, das Ausbleiben von Fachkräften aus dem Osten, die Ausprägung der „Lerngesellschaft DDR“ (Hartmut Vogt) als Stimuli der bildungspolitischen Debatte und Reformen im westdeutschen Teilstaat

Beim Neuaufbau des Bildungswesens nach dem 8. Mai 1945 gingen die beiden Teilstaaten unterschiedliche Wege. Zwar wurden auch in den drei Westzonen jene Reformideen vorgebracht, die „bisher in jeder deutschen bildungspolitischen Aufbruchphase (1848 und 1920) hervortraten: Verlängerung der Grundschule..., leichtere Übertrittsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Schularten; Erleichterung des Oberschulzugangs für Arbeiterkinder; generelle Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit; Abschaffung der Konfessionsschule...“<sup>26</sup> Zudem war das Bewusstsein weit verbreitet, dass das Land neue Lehrer brauche. Doch in den Westzonen und in der Bundesrepublik konnten sich die Träger dieser Reformintentionen nicht durchsetzen. Im Grunde wurde das Bildungswesen der Weimarer Republik restauriert. In der DDR war man bildungspolitisch reformfreudiger und auch unbefangener bei der selektiven Übernahme von Reformideen. Diese Entwicklung kulminierte im Gesetz zur Einführung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems von 1965. In der DDR setzte früher als in der Bundesrepublik eine Bildungsexpansion und Bildungsexplosion ein. Zeitweilig lag der Anteil der Abiturienten und der Studierenden eines Jahrgangs in der DDR über dem der BRD, ehe dann eine Deckelung in der DDR erfolgte. Deutlich gesenkt werden konnte auch die Zahl der Beschäftigten ohne Berufsausbildung. Die DDR war zu einer lernenden Gesellschaft geworden.

Die suboptimale Verfassung des westdeutschen Bildungswesens war solange kein grundlegendes Problem, solange qualifizierte Fachkräfte aus der DDR nach Westen strebten und in der westdeutschen Gesellschaft der Ruf nach Reformen im Bildungsbereich verhalten blieb. Beides änderte sich aber mit Beginn der 1960er Jahre.

Schon der „Sputnik-Schock“ von 1957 (ausgelöst vom ersten künstlichen Satelliten, der eine Erdumlaufbahn erreichte und von der Sowjetunion ins All geschickt wurde) führte zuerst in den USA und dann in Westeuropa zu einem Ruf nach höherer Bildungsqualifikation. Selbst Adenauer war besorgt, dass die Sowjetunion den Westen in der Begabtenförderung überflügeln könnte. In der nun beginnenden bundesdeutschen bildungspolitischen Debatte spielten die Ergebnisse der OECD-Konferenz von 1961 eine Rolle. Die OECD hob auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Bildungsinvestitionen ab. Ferner kam zur Sprache, dass der westdeutsche Teilstaat im internationalen Vergleich zu wenig in Bildung investiere und

---

<sup>26</sup> Klaus Köhle: Bildungsrestauration, „Bildungskatastrophe“, Bildungsexplosion: Die Entwicklung des Bildungssystems in der Bundesrepublik von 1945 bis heute, in: Robert Hettlage: Die Bundesrepublik. Eine historische Bilanz, Beck München 1990: 236.

eine eher bescheidene Abiturientenrate aufweise. Zugleich brach der Zustrom von ausgebildeten Fachkräften aus der DDR mit dem Bau der Mauer 1961 jäh ab.

Große öffentliche Aufmerksamkeit gewann Georg Picht mit einer Artikelserie in „Christ und Welt“ und der Publikation „Die deutsche Bildungskatastrophe, Analyse und Dokumentation“ (Freiburg im Breisgau 1964). Seine Analysen und Veränderungsvorschläge wurden in allen Landesparlamenten diskutiert. Picht sah die künftige internationale Konkurrenzfähigkeit gefährdet, weil die Bundesrepublik zu wenig Abiturienten habe, zu wenig in Bildung investiere und im internationalen Vergleich in Verzug geraten sei beim Übergang zur zehnjährigen Schulpflicht, auch gegenüber der Sowjetunion und der „Zone“ (S.25). Schulpolitik sei die Sozialpolitik von heute. Er sah gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern, am schlimmsten sei die Lage auf dem Lande. Er rückte in den Blick, dass 1961 nur 6,2 Prozent der Studenten einen Arbeiter zum Vater haben. Der Lehrermangel sei gravierend, so dass eigentlich sämtliche Hochschulabsolventen der nächsten Jahre ins Lehramt gehen müssten. Zudem verlangte er einen Planungsapparat und Kompetenzerweiterungen des Bundes auf dem Felde der Bildung. Ebenfalls einen Ausbau des Bildungswesens forderte Dahrendorf. Allerdings betonte er das „Bürgerrecht auf Bildung“ (1965) und hielt den stärker bildungsökonomischen Ansatz von Picht für unzureichend. Das Prinzip des Bürgerrechts auf Bildung begründete gleichfalls eine aktive Bildungspolitik.

„An den beiden Polen Picht und Dahrendorf orientierte sich die Bildungsdiskussion in der Bundesrepublik, die bis in die 1970er Jahre hinein wogte... Dieser Gegensatz spiegelte sich auch in der praktischen Bildungspolitik wider: Während in den CDU-dominierten 1960er Jahren eine reine Expansion des Bildungswesens bei weitgehend unveränderten Strukturen erfolgte,... begann unter der sozialliberalen Bundesregierung von 1969 an eine Reformphase, die auch auf strukturelle Veränderungen setzte...(Gesamtschulen, Studiengebührenfreiheit, Bafög, Partizipation von Schülern und Studenten).“<sup>27</sup>

Lamprecht insistiert stärker auf deutsch-deutsche Parallelen, in dem er die Schriften von Picht, Dahrendorf und von Johannes Hörning<sup>28</sup> und ihre Folgen in Beziehung setzt. Mir scheint indes, dass an der bildungspolitischen Debatte und an den praktischen Reformen im Bildungswesen zwischen 1965 und 1975 in der BRD die Autonomie und die wechselseitige Bezogenheit der beiden deutschen Teilstaaten besonders deutlich werden.

---

<sup>27</sup> Wolfgang Lamprecht: Deutsch-deutsche Reformdebatten vor „Bologna“. Die „Bildungskatastrophe“ der 1960er Jahre, Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 4(2007):476.

<sup>28</sup> Johannes Hörning: Zu einigen Problemen im Hochschulwesen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR, Dietz, Berlin 1965.



Alles in allem lässt sich festhalten: Die DDR war in historischer Perspektive keine Fußnote in der Geschichte der Alt-Bundesrepublik, sie war vielmehr einer ihrer Akteure. Gleiches gilt freilich auch im umgekehrten Falle. Doch die Einflüsse der Alt-BRD auf die DDR sind hier nicht mein Thema.

#### 4. Die wichtigsten Ideen, Bestrebungen und Lebensformen, die mit der DDR gewöhnlich verbunden werden, gründen in der deutschen und europäischen Geschichte und haben sich mit dem Untergang der DDR nicht erledigt

Auch wenn die die beiden deutschen Staaten 1949 mit kräftiger Geburtshilfe der jeweiligen Besatzungsmächte gegründet wurden und weiterhin unter ihrem Kuratel standen, so suchten und hatten sie jeweils tiefe Anker in der deutschen wie europäischen Geschichte. So ist etwa für die DDR – selektiv und exemplarisch – auf ihre Anker in nicht nur einer der „Groß-Ideologien der Moderne“ (Brie), in klassen- und gruppenspezifischen Emanzipationsbewegungen der Arbeiter, der Frauen, der Juden wie auch in Prozessen der Säkularisierung zu verweisen. Von zentraler Bedeutung für die Geschichte der DDR wurden der Antifaschismus, Traditionen, Modelle, Lösungen der deutschen Arbeiterbewegung sowie die Idee der Nation. Nicht zuletzt waren für die DDR Modelle, Lösungen und Vorgaben der sowjetischen Vormacht von einiger Bedeutung.

Gerade weil die DDR aus der deutschen und europäischen Geschichte hervorgegangen ist und an hier entwickelte Ideen, Traditionen, Bestrebungen, Problemlösungen anknüpfte, ist die Erwartung vermessen, sie würden mit dem Untergang der DDR auf dem Müll- oder Abfallhaufen der Geschichte landen.

Wenn man danach fragt, welche Ideen, Bestrebungen, Lebensformen und Institutionen sich einerseits mit der Geschichte des ostdeutschen Teilstaates verbinden und andererseits mit dem Untergang der DDR nicht obsolet geworden sind, dann rücken m.E. vor allem

- die sozialistische Idee,
- der ausgeprägte „ostdeutsche Volksatheismus“,
- der im deutsch-deutschen, europäischen und internationalen Vergleich erzielte enorme Gleichstellungs- und Emanzipationsschub der Frauen

und

- die reiche Theater- und Orchesterlandschaft

in den Blick.

Alle aufgeführten Positionen haben ihren historischen Ursprung oder Ausgangspunkt weit vor der Gründung der DDR und sozialräumlich nicht nur in deutschen Landen.

## Über die historische Einbettung der sozialistischen Idee

Die Idee des Sozialismus ist eine der Groß-Ideologien der Moderne. Sie entstand im Umfeld und Gefolge der Großen französischen Revolution und der englischen industriellen Revolution. „Sozialismus“ gehört als Begriff zur Kategorie der zukunftsorientierten Bewegungsbegriffe. Was „Sozialismus“ ist und was nicht, steht nicht ein für alle Mal fest. Zwar ist der Begriffsinhalt durch theoretische Entwürfe mit bestimmt und insofern ist die Begriffsgeschichte die Geschichte seiner Auslegungen.<sup>29</sup> Doch sozialistische Ideen wurden und werden in eigensinniger Weise der Ideenwelt und den Wertvorstellungen ihrer jeweiligen sozialen Träger anverwandelt, in sie ein- und umgeschmolzen. Dabei lassen sich zwei Fixpunkte erkennen: Mit der Idee des Sozialismus verbanden viele Menschen mehrerer Generationen zunächst in Europa, dann in aller Welt ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben. Dies zum einen. Die sozialistische Idee hat zum anderen ihren konzentrierten Ausdruck in der Vision von einer weltweiten „...Assoziation“ gefunden, in der „...die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, wie es im Kommunistischen Manifest von 1848 heißt. Für unseren Zusammenhang ist es wichtig daran zu erinnern, dass Deutschland eines der Mutterländer der sozialistischen Idee im klassischen Sinne war und ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts längere Zeit das Zentrum der Arbeiterbewegung in der Welt.

Die DDR hat sozialistische Ideen in spezifischer Weise aufgegriffen und ausgeformt in Gestalt des Realsozialismus. Wie im nächsten Kapitel zu zeigen sein wird, geriet spätestens mit dem Untergang des Ostblocks die realisierte Idee des Sozialismus in eine Krise, die weltweit ausstrahlte. Und dennoch wird das sozialistische Element aus dem nationalen und europäischen Diskurs nicht verschwinden (siehe unter 5).

### „Volksatheismus“ als besondere Gestalt des geschichtlichen Prozesses der Säkularisierung

Der so genannte ostdeutsche Volksatheismus<sup>30</sup> ist eine besondere Wendung und Ausprägung im geschichtlichen Prozess der Säkularisierung. Gemeint ist eine zunehmende Verweltlichung, ein Heraustreten aus christlicher Tradition; Entchristlichung der Gesellschaft und Entkirchlichung breiter Bevölkerungskreise. Die Verweltlichung im Sinne zunehmender Lösung und Verselbständigung von Individuen, Organisationen und des Staates gegenüber kirchlichen Einflüssen sowie die Entkopplung gesellschaftlicher Werte, Normen, Moralvorstellungen, Riten von traditionellen religiösen Glaubensinhalten hat eine lange Geschichte. In unserem Zusammenhang mag

---

<sup>29</sup> Vgl. Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Studienausgabe, Stichwort Sozialismus, Bd. 5, Klett-Cotta 2004: 923-996.

<sup>30</sup> Vgl. Horst Groschopp: Worum geht es in der Debatte über den "ostdeutschen Volksatheismus"? In: Kulturation. Online Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik, Nr. 1/ 2010 Jg. 33(8) Herausgeberin: Kulturinitiative 89.

es genügen, daran zu erinnern, dass die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung vom Eisenacher Programm (1869) über das Gothaer (1875) bis zum Erfurter Programm (1891) die strikte Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche sowie darüber hinaus die Privatisierung der Religion forderte.

Über den Realprozess hält Nipperdey unter der Überschrift „Die Unkirchlichen und die Religion“ fest: „ Ein großer Vorgang in der Geschichte der Deutschen, nach rückwärts wie vorwärts übers Kaiserreich hinausweisend, ist das, was wir einerseits die Entkirchlichung und andererseits die Entchristianisierung nennen. Die Deutschen hören auf, in ihrer Mehrheit Christen zu sein, oder wenigstens: sich als Christen zu verstehen. Dieser Tatbestand ist 1914 noch nicht so augenfällig wie heute, aber im Vergleich zu 1815 oder 1850 z.B. ist die Entwicklung schon fortgeschritten – weniger im katholischen, viel stärker im protestantischen Bereich... Wir unterscheiden drei Ebenen. Zunächst die großen oder jedenfalls dezidierten Gegner und Kritiker des Christentums und die Bewegungen und Organisationen des `Atheismus´. Dann die schweigsam aus der Kirche Ausgewanderten, die praktische Unchristlichkeit, die ausdrücklich oder unausdrücklich anderswo ihre Sinnorientierung findet, die – informellen `Ersatzreligionen` der Praxis. Schließlich die Randzone einer neuen außerkirchlichen `vagierenden` Religiosität... Die [protestantische] Kirche hat die Arbeiterschaft weithin verloren...in Sachsen lag der Gottesdienstbesuch vor 1914 in `richtigen Dörfern` zwischen 20 und 40 %, in den Industriegemeinden zwischen 2,5 und 8 %, in den typischen Arbeitervororten bei 1 %.“<sup>31</sup>

Die Nicht-Kirche organisierte sich in Vereinen und Gesellschaften. Zu diesen gehörten: die 1881 gegründete deutsche Sektion des Internationalen Freidenkerverbandes, die eher elitäre `Gesellschaft für ethische Kultur`. 1900 entstand der Giordano-Bruno-Bund, 1906 der „Monistenbund“, 1904 der Verein der Freidenker für Feuerbestattung, schließlich dem „ideologischen Trennungs- und Profilierungsbedarf entsprechend“ (Nipperdey) der Zentralverein proletarischer Freidenker...

Die DDR hat geschichtlich angelegte, vorhandene Tendenzen der Säkularisierung sowohl reifen lassen als auch vorangetrieben und befördert. Zeitweilig auch mit Hilfe des weltlichen Armes des Staates. Doch der „ostdeutsche Volksatheismus“ ist keineswegs allein oder gar primär ein Zwangsprodukt. Das zeigte sich seit 1990. Eine Re-Christianisierung ist nicht eingetreten. Allem Anschein nach ist der Volksatheismus bei ostdeutschen Mehrheiten irreversibel. Damit aber verändert jener Volksatheismus die Balancen zwischen den Konfessionen wie auch zwischen den Konfessionen und Konfessionsfreien im vereinigten Deutschland. Mittlerweile entfällt auf die „Unkirchlichen“, die Konfessionsfreien, ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik. Da es vergleichbare Entwicklungen auch in Tschechien und in Estland gegeben

---

<sup>31</sup> Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. 1 Arbeitswelt und Bürgergeist, Beck München 1998: 507f; 504; 505.

hat, verschieben sich mittel- und langfristig die Balancen zwischen konfessionell Gebundenen und Konfessionsfreien wohl auch ein wenig in Europa.

### Emanzipation der Frauen. Kulturelle Effekte des „Staatsfeminismus“

Die Gleichstellung und Emanzipation der Frauen ist ein welthistorischer Prozess, der verschiedene Geschwindigkeiten, Avantgarde-Regionen wie Zonen des Stillstandes aufweist. Seit den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts gab es im Rahmen der anti-ständischen Kritik bereits Stimmen, die eine Gleichstellung der Frauen forderten (Theodor G. von Hippel). 1792 erschien in England die Schrift von Mary Wollstonecraft, die von Salzmann 1793 deutsch herausgegeben wurde – „Rettung der Rechte des Weibes“. 1806 stellte Fourier klar: Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation. Dieses Wort wurde von Marx später aufgegriffen. Nach einer literarischen Phase und Vereinsbildung in der 1848er Revolution begann 1865 die Selbstorganisation: Louise Otto-Peters gründete den Allgemeinen deutschen Frauenverein, der sich für die Frauenbildung und Eintritt in das Berufsleben engagierte (Denn „wer nicht für sich frei erwerben darf, ist Sklave“ - Peters). Dabei handelte es sich um eine Bewegung bürgerlicher Mittelklassen. 1894 kam es zur Gründung des Bundes deutscher Frauenvereine.<sup>32</sup> In der Arbeiterbewegung wurde die Frauenfrage als Klassenfrage aufgefasst.<sup>33</sup> Die SPD forderte auch am konsequentesten die politische Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen. 1895 wurde erstmals das Wahlrecht der Frauen im Reichstag beantragt. Aber erst 1919 wurde das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt.

In der DDR gehörte die Gleichstellung der Frauen von ihrer Gründung an zu den erklärten Zielen der Gesellschaftspolitik. Sie war gleichermaßen historisch und wertgebunden (in der Geschichte der Arbeiterbewegung), politisch und ökonomisch (Postulate des Wiederaufbaus, erheblicher Frauenüberschuss als Kriegsfolge) motiviert. In der Sache vollzog sich das, was in der DDR auf dem Felde der Gleichstellung und Emanzipation der Frauen geleistet und erreicht wurde, nicht so sehr im Ergebnis gesellschaftlicher Bewegungen und öffentlicher Diskurse, obschon es sie auch gegeben hat, sondern stärker als paternalistische Emanzipation von oben. Die Frauen der DDR haben indes die neuen Möglichkeiten im Bildungswesen, in Beruf und Arbeitswelt, in Politik und Familie wie auch rechtlicher Hinsicht (Scheidungsrecht, Fall des § 218), wie auch immer sie zustande kamen, genutzt, aufgegriffen, sich zu eigen gemacht, verinnerlicht, gelebt.

Die Debatte über den erreichten Stand der Gleichstellung und Emanzipation der Frauen in der DDR bewegt sich im Spannungsfeld zweier Positionen, die beide ihre Berechtigung haben. Die eine Position hebt exemplarisch auf „Patriarchalisches im Sozialismus“ ab und identifiziert Inkonsistenzen, Widersprüche, Defizite. Die andere

---

<sup>32</sup> Vgl. Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Studienausgabe, Stichwort Emanzipation, Frauenemanzipation und Emanzipation des Fleisches, Bd. 2, Klett-Cotta 2004: 185-191.

<sup>33</sup> Vgl. August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, 62. Auflage, Dietz, Berlin 1946.

Position bewertet den Stand der Emanzipation der Frauen aus der DDR aus einer deutsch-deutschen bzw. international vergleichenden Perspektive. Aus dieser Vergleichsperspektive lässt sich sagen: was den Grad der Emanzipation betrifft, befinden sich die Frauen aus der DDR mit an der Spitze dessen, was in der Welt bislang in dieser Hinsicht erreichbar war und erreicht wurde. „Der Sozialismus hat den ostdeutschen Frauen in allen vier Bereichen – Bildungssystem, Arbeitswelt, Politik und Familie – einen strukturellen Gleichstellungsvorsprung eingebracht.“<sup>34</sup>

Was ist aber nach dem Untergang der DDR daraus geworden? Geißler selbst spricht von „Einbußen nach der Vereinigung“. In einer neueren Studie wird dagegen auf der Basis einer Batterie von Indikatoren ermittelt, dass sich in der Sache der Gleichstellungsvorsprung der ostdeutschen Frauen verstetige. Unter der Zwischenüberschrift „*Nachholende Modernisierung des Frauenbildes in Westdeutschland*“ stellen Holtmann, Gabriel u.a. fest: „So gesehen, durchläuft Westdeutschland eine nachholende Modernisierung des Rollenbildes, ohne dass jedoch ein Aufholen erkennbar wäre. Da sich gleichzeitig auch Ostdeutschland emanzipativ fortbewegt, nähern sich die Einstellungslinien nicht einander an, sondern sie bleiben weiterhin different.“<sup>35</sup>

### Die reiche Theater- und Orchesterlandschaft zwischen Reproduktion und Erosion

Die DDR hat (wie die Alt-BRD) eine reiche Theater- und Orchesterlandschaft vorgefunden. Die sehr hohe Theater- und Orchesterdichte ist ein Erbe der Kleinstaaterei, sie geht zudem auf Bürgergeist und kulturelle Ambitionen im Umfeld der Arbeiterbewegung zurück. Die Theater- und Orchester sind von der Besatzungsmacht im Interesse der Umerziehung wie auch aufgrund der Kulturprogrammatik der deutschen Arbeiterbewegung<sup>36</sup> in der DDR nicht nur nicht angetastet, sondern bis zum Ende der DDR mit großem Aufwand unterhalten worden. Dazu gehörten allein 66 selbständige (von einem Intendanten geleitete) Theater mit über 170 Spielstätten. Sie blieben auch nach 1990 bestehen, wenngleich sich vielfach ihre Einbettung, Zuordnung und die Finanzierungsmodalitäten gegenüber der DDR-Zeit änderten. Im Verlauf des 21. Jahrhunderts ist mit einem Theater- und Orchestersterben zu rechnen. Übergangsformen sind Fusionen von mehreren Theatern; bei Mehrsparten-Theatern wird die Einstellung einer oder zweier Sparten nahegelegt. Praktiziert wird auch die Abwicklung des stehenden Ensembles bei Erhalt der Häuser, Spielstätte. Die aus der DDR überkommene Theater- und Orchesterlandschaft befindet sich mithin in einem Spannungsfeld zwischen Reproduktion und Erosion.

---

<sup>34</sup> Rainer Geißler: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel, in: Karl-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland-Trendbuch. Fakten und Orientierungen, Leske + Budrich, Opladen 2001: 124.

<sup>35</sup> Herausgeber BMWI: Deutschland 2014. 25 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit – öffentliche Vorstellung eines Forschungsprojekts. Sind wir ein Volk? Kurzzusammenfassung der Ergebnisse. Februar 2015, S.17.

<sup>36</sup> Vgl. Dietrich Mühlberg: Über die Kunstliebe der Deutschen, 2015.

## 5. Der Untergang der DDR ist nicht gleichbedeutend mit dem Verschwinden des sozialistischen Elements aus dem nationalen und europäischen Diskurs

Meine in der Überschrift geäußerte Annahme gründet in drei Erwägungen.

Erstens. Sozialismus ist eine der vier Groß-Ideologien, die die Entwicklung moderner Gesellschaften historisch wie aktuell begleiten und an ihrer Ausgestaltung beteiligt sind. Die Groß-Ideologien, unter ihnen die sozialistische, haben mithin eine reale Funktion. Für jede von ihnen gibt es offenbar Hochzeiten wie Zeiten, in denen sie sich fast aus dem Ensemble ideologischer Grundströmungen zu verabschieden scheinen. Wo das sozialistische Element aus nationalen Diskursen und Gestaltungsoptionen zeitweilig verschwindet oder repressiv unterdrückt wird, drohen Sozialpathologien, Regressionen, Barbarei. Zwar trifft es zu, dass der real-existierende Sozialismus und sein Zusammenbruch die ihm entsprechende historisch-konkrete Daseins- und Existenzform der sozialistischen Idee weltweit und nachhaltig in den Augen sehr, sehr vieler Menschen diskreditiert haben. Auch fehlt es nicht an machtgestützten Institutionen und Akteuren, die nach ihrem Sieg im Kalten Krieg jegliche sozialistische Alternative als Sackgasse, Irrweg verdammen und dämonisieren. Doch sozialistische Ideen und Bestrebungen gehen immer wieder aus den Lebensverhältnissen von Menschen hervor – in Deutschland, in Europa in der Welt.

Zweitens gehe ich davon aus, dass die historischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, so wie ich sie in Deutschland, Europa und der Welt sehe, eine Wiedergeburt sozialistischer Ideen und Bestrebungen erwarten lassen, allerdings nicht im realsozialistischen Sinne des einstigen Ostblocks, sondern als sozialistische Neo-Ideologie.

Drittens lassen sich Anzeichen identifizieren, wonach gerade Deutschland allem Anschein auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts und Jahrzehnte nach dem Untergang der DDR ein Land ist, in dem das Feuer der sozialistischen Idee keineswegs erloschen ist, ja im internationalen Vergleich noch oder schon relativ kräftig glimmt. Dies ist sowohl ein Erbe der Zweistaatlichkeit und der relativ autonomen Entwicklung sozialistischen Denkens im Westen, gründet aber auch in neu bewerteten Eigenheiten des untergegangenen Realsozialismus in der DDR und hängt mit der Verfasstheit des neuen, vereinigten Deutschlands zusammen. Könnte Deutschland im Europa des 21. Jahrhunderts gar wieder zu einem der Mutterländer der sozialistischen Idee werden?

### Sozialismus im Ensemble der ideologischen Grundströmungen der Moderne

Ideologie mag zwar in eins fallen mit „falschem Bewusstsein“; immer aber ist sie handlungsleitend. Die wichtigsten Groß-Ideologien der Moderne entstanden annähernd zeitgleich um 1800. Es sind dies die Idee der Nation und des Nationalismus (sowie des Internationalismus), der Liberalismus, der Konservatismus und der Sozialismus.

Wehler hat am Beispiel des >Aufstieges und der Durchsetzung der Marktwirtschaft<, des >Nationalismus< und des >Sozialstaates< gezeigt, dass Groß-Ideologien alle- samt ein utopisches Potential aufweisen oder aber ursprünglich mit Utopien verbun- den waren. Daher halte ich, hier Wehler folgend, die Kritik am utopischen Denken schlechthin, die sich vor allem an den entstandenen Gestehungskosten für den Ver- such entfaltete, die sozialistische Idee zu realisieren, für berechtigt, aber auch für kurzschlüssig. Wehler sieht jene Kritik von einer „Gegenutopie“ geleitet – der Utopie des „pragmatischen Realismus“. Sie beruft sich auf Karl Poppers „piecemeal engine- ering“ und lehnt wegen ihres Gefahrenpotentials alles ab, was über Stückwerk-Refor- men hinausgeht. Wehler legt vielmehr nahe, utopisches Denken für eine „anthropolo- gische Konstante menschlicher Existenz“ zu halten, nämlich „über die pragmatische Daseinsbewältigung durch den Entwurf einer besseren Zukunft stets hinauszustre- ben – durch einen Entwurf mithin, der es oft erst ermöglicht, den Alltagsproblemen standzuhalten und ihre pragmatische Lösung zu versuchen.“<sup>37</sup>

Versteht man „moderne Gesellschaft“ als ein historisch offenes Projekt, im Rahmen dessen „Spannungen“ von ... „kapitalistischen, bürokratischen und patriarchalischen Machtstrukturen, ...moderner wirtschaftlicher, politischer und kultureller Evolutions- weise [und] Menschenrechten ausgetragen werden, dann sind die ideologischen Grundströmungen der Moderne dadurch gekennzeichnet, dass sie jeweils einen die- ser Aspekte zum Ausgangspunkt ihrer historischen Wirkungskraft machen.“<sup>38</sup> Indem die genannten Groß-Ideologien jeweils auf bestimmte Aspekte und Probleme der Entwicklung moderner Gesellschaften abheben, haben sie für deren Entwicklung re- ale Funktionen.

Die ideologischen Grundströmungen waren und sind in mannigfacher Weise aufei- nander bezogen und bildeten verschiedene Spielarten aus. „Jede von ihnen reprodu- ziert in sich Elemente der... anderen...“ und trägt „die Komplexität ideologischer Kämpfe auch selbst zumindest teilweise aus“ (Brie).

Die DDR wie die anderen Länder des so genannten Ostblocks in Mittel- Ost- und Südeuropa sind aus den Katastrophen von Faschismus und Krieg hervorgegangen und zwar in jenen Gebieten, die die Sowjetunion im II. Weltkrieg befreit und besetzt hatte. Für die Aufhebung der gesellschaftlichen Ursachen, die in die Katastrophe von Faschismus und Krieg geführt hatten wie auch für den praktischen Wiederaufbau des Landes und die Überwindung der mentalen Hinterlassenschaften der Naziherrschaft auf deutschem Boden erschien nicht nur den Sozialisten der sozialistische Weg als d i e angemessene Antwort. So stimmte etwa die Mehrheit der in ganz Deutschland sich wieder oder neu bildenden Parteien darin überein, dass das bürgerliche Zeitalter zu Ende sei und Sozialismus auf der Tagesordnung stehe. Die sozialistische Option

---

<sup>37</sup> Hans-Ulrich Wehler: Die späten Kosten der Realisierung schöner Utopien, in: derselbe: Die Gegen- wart als Geschichte, Beck, München 1995: 233- 245; die wörtlich zitierte Stelle auf S. 234.

<sup>38</sup> Michael Brie: Ist eine sozialistisch orientierte Wissenschaft überhaupt möglich? In: M. Brie/Dieter Klein (Hg.): Umbruch zur Moderne, Hamburg 1991:150.

war nach 1945 auch in vielen anderen Ländern und Regionen West- und Südeuropas attraktiv, in denen die Sowjetunion nicht als Besatzungsmacht präsent war.

In der Sowjetunion und in dem von ihr dominierten Block erfuhr die sozialistische Idee eine besondere Über- und Ausformung wie spezielle Objektivierung in Gestalt des „Staatssozialismus“. Außerhalb des Ostblocks entwickelten sich sozialistische Bestrebungen und Ideen im Anschluss an wie in kritischer Distanz und im Ausschluss des Staatssozialismus und seiner Praxis (als „Eurokommunismus“; als Vision vom „demokratischen Sozialismus“ oder als sozialdemokratisches Versprechen einer sozialstaatlichen Bändigung des Kapitalismus).

### Staatssozialismus

Installiert wurde in der späteren DDR (und in den anderen Ländern des Ostblocks) ein von einem Zentrum ausgehendes „Steuerungs- und Integrationsmodell“ einer mehr oder weniger „rationalen Redistribution“ (Ralf Rytlewski unter Rückgriff auf einen Terminus von Karl Polanyi). In mehreren Schüben wurde eine umfassende Regelung aller gesellschaftlichen Bereiche mittels zentralistischer Gesellschaftsgestaltung durchgesetzt. Dabei gab es freilich beträchtliche Unterschiede zwischen den Ostblockstaaten. So war der Staatssozialismus in der DDR stärker als in anderen Gesellschaften des Ostblocks bei seinem eigenen Inhalt angekommen bzw. seinem eigenen Inhalt näher gekommen. Andere Gesellschaften des Ostblocks, etwa Polen, wiesen im Vergleich mit der DDR eine „besonders inkonsequente Ausprägung des Kommunismus“<sup>39</sup> auf, so der Polenspezialist Dieter Bingen. „Inkonsequent“ heißt, dass der dortige Staatssozialismus mehr „systemfremde Krücken“ (Brie) und nicht systemadäquate Nischen aufwies. Daher wird vermutlich für Historiker kommender Generationen, sofern sie sich für Übergänge alternativ modernisierter Gesellschaft in die (hegemoniale) Moderne interessieren, die DDR die Gesellschaft sein, an der am ehesten Leistungskraft und Grenzen des Staatsozialismus ausgelotet werden können. Zumal auch die Quellenlage im Falle der DDR recht gut ist. Oder aber sie werden bei der Betrachtung Polens bzw. Ungarns die DDR als Vergleichsfolie heranziehen.

Die Kehrseite der Konzentration aller Ressourcen (Eigentum, Macht, Information) in einem Zentrum (Partei und Staat) bestand in der Ausschaltung von markt-, demokratie- und öffentlichkeitsvermittelten Formen und Strukturen. Die Herrschaft, die führende Rolle einer Partei wurde zunächst durch das Versprechen legitimiert, über die Umgestaltung der Wirtschaftsweise, Eigentumsverhältnisse und Sozialstruktur im Interesse der arbeitenden Menschen eine bessere Befriedigung der (Grund-)Bedürfnisse, ein höheres Maß an Effizienz, sozialer Gerechtigkeit als in kapitalistischen Gesellschaft zu erreichen. Mit der Proklamierung des sozialistischen Aufbaus (in der DDR ab 1952) wurden höhere Ziele gesetzt.

---

<sup>39</sup> Dieter Bingen: 1000 Jahre wechsellvoller Geschichte, Informationen zur Politischen Bildung Nr. 311, Bundeszentrale für Politische Bildung 2006.



Der skizzierte Modus der zentralistischen Gesellschaftsgestaltung hatte nicht nur Nachteile, ermöglichte er doch zunächst das Realisieren großer Industrie- und Infrastrukturvorhaben, vergleichsweise Tempogewinne beim Wiederaufbau und Einführen von Regeln und Praktiken im Landesmaßstab – auch in kultureller und in sozialer Hinsicht, im Bildungs- sowie im Gesundheitswesen.

In der Geschichte der DDR lassen sich in Anlehnung an Meuschel drei Perioden unterscheiden: 1. Die antifaschistisch motivierte „Abkehr von der Vergangenheit“ (Ende der 1940er- bis Mitte der 1950er Jahre). Dabei handelte es sich freilich nicht um eine Abkehr von der Vergangenheit schlechthin, sondern um eine Abkehr, gestützt auf Erbe und Traditionen des „anderen Deutschlands“; 2. Der Zugriff auf die sozialistische Zukunft: „wissenschaftlich-technische Revolution und Gemeinschaft“ (zweite Hälfte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre); 3. die Periode des „real-existierenden Sozialismus“: Konzentration auf die Gegenwartsgesellschaft und ihre Verbesserung. Die Rede vom real-existierenden Sozialismus enthielt zwei Absagen, Distanzierungen. Zum einen wollte man sich von Gesellschaften ohne Sozialismus positiv abheben und zum anderen Vorstellungen von einem idealen Sozialismus bloß stellen.<sup>40</sup>

Was die Nation betrifft, so sah sich die DDR in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz nach ihrem offiziellen Selbstverständnis als Modell für ganz Deutschland (zwei Staaten – eine Nation). Später wählte sie sich auf dem Weg zu einer eigenständigen sozialistischen Nation. Doch auch dann wurde die Herkunft aus und Verankerung der DDR in der deutschen Geschichte beschworen und kultiviert – am deutlichsten vielleicht mit dem Konzept von „Deutsche Geschichte als Nationalgeschichte der DDR“.<sup>41</sup> In kultureller Hinsicht knüpfte die DDR vielfach an Programme, Konzepte und Lösungen an, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung im Umlauf waren oder entwickelt worden sind. Wenngleich führende Akteure der Partei- und Staatsführung der DDR ein entschieden kommunistisches Selbstverständnis hatten, so griffen sie doch in vielen Bereichen, in denen die deutschen Kommunisten keine oder keine tragfähigen Konzepte entwickelt hatten, auf sozialdemokratische Konzepte und Lösungen zurück.

Zwar war es keineswegs so, dass in der DDR (und auch in den anderen Ländern des Ostblocks) auf dem beschrittenen Weg und mit dem Steuerungsmodus keine Erfolge erzielt wurden. An dieser Stelle sei nur erwähnt, dass die DDR bei der Vereinigung zumindest auf einigen Feldern Modernisierungsvorsprünge gegenüber der Alt-Bundesrepublik vorweisen konnte. Doch hatten die DDR und einige andere Länder des sowjetisch dominierten Blocks im Verlaufe ihrer Vorgeschichte und Geschichte stärkere Modernepotentiale ausgebildet als die sowjetische Gesellschaft selbst. Sie wurden indes von der Vormacht (sowie auch durch je eigene Weichenstellungen und

---

<sup>40</sup> Vgl. Siegrid Meuschel: Legitimation und Parteienherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1993.

<sup>41</sup> Vgl. Schmidt, Walter. „Deutsche Geschichte als Nationalgeschichte der DDR“, Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, 25 (1983): 299-308.

ihre Folgen) daran gehindert, diese Potenzen ins Spiel zu bringen. Das zeigte sich bereits nach 1945 bei der Demontage ganzer Industrieanlagen und Fabriken in der SBZ: in der Sowjetunion war man vielfach nicht in der Lage die in der SBZ demontierten Anlagen und Fabriken ökonomisch sinnvoll zu verwenden und zum Laufen zu bringen. Später wurde der Wirtschaftsverbund (RGW) des Ostblocks zu stark auf die Abdeckung von Bedarfen der UdSSR gepolt. Zugleich grenzten die DDR und auch andere Länder des Ostblocks an kapitalistische Gesellschaften, die zu den reichsten und am meisten entwickelten gehörten. Die Entwicklungspotentiale des Staatssozialismus waren in der DDR und einigen anderen Ländern schneller ausgeschöpft als in der UdSSR. Die in den Ländern des so genannten real-existierenden Sozialismus gewählte antikapitalistische Modernisierungsvariante ermöglichte insgesamt die Ausbildung einer Industriegesellschaft fordistischen Typs – mit beachtlichen Niveauunterschieden zwischen und innerhalb der einzelnen Länder. Weiterhin kam es überall zu einem bedeutenden Anstieg des Bildungs- und Qualifikationsniveaus der Bevölkerung im Vergleich mit der Ausgangslage. Doch gelang es nicht über den Fordismus hinaus zu gehen und ab den 1960er Jahren Anschluss an die darüber hinausweisenden wissenschaftlich-technischen und industriellen Revolutionen zu finden und diese für die staatssozialistischen Gesellschaften produktiv zu machen. Alle unternommenen system-immanenten Reformversuche in dieser Hinsicht scheiterten. Daher gerieten die Länder des Ostblocks bei der Entwicklung der Produktivkräfte ins Hintertreffen.

Mehr und mehr wurde zu „systemfremden Krücken“ gegriffen oder es wurden begrenzte, eigentlich nicht systemadäquate Nischen zugelassen, um das ganze am Laufen zu halten (Abhängigkeit von hohen Kreditaufnahmen aus dem Westen, Schattenwirtschaft, Schwarzmarkt, D-Mark gleichsam als Zweitwährung in der DDR, Mobilisierung aller denkbaren Güter und Leistungen zur Devisenbeschaffung...).

„Der Spätsozialismus“, so Brie, war „... durch eine tiefgreifende Umwandlung des `administrativen Kommandosystems´ in ein System der wechselseitigen Absprachen und zumeist stiller Sozialpakete gekennzeichnet... Es ist nicht zu leugnen, sondern zu begreifen, dass gerade an der entwickelten Semiperipherie des sowjetischen Staatssozialismus zumindest geistig, in ihren Werten und Einstellungen, Sicht- und Verhaltensweisen bestimmte Elemente der westlichen Gesellschaft innerhalb ihres staatsmonopolistischen Antipoden herangereift waren.“<sup>42</sup> Gleichsam durch die Hintertür gewannen die im Staatssozialismus systemisch ausgeschalteten so genannten Basisinstitutionen moderner Gesellschaften (Markt, Demokratie, Öffentlichkeit) sowie die funktionale Ausdifferenzierung von Subsystemen (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung) mit ihren verschiedenen Kommunikationsmedien (Geld, Macht, Wahrheit

---

<sup>42</sup> Michael Brie: Realsozialismus zwischen antikapitalistischem Ausbruchversuch und Selbstaufhebung, in: M. Brie/D. Klein (Hrsg.): Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich, VSA, Hamburg 1992: 84; 86.

usw.) in der Bevölkerung und auch unter Angehörigen der Funktionseliten Anerkennung, Zuspruch, Wertschätzung. Ihr Fehlen bzw. ihre allenfalls suboptimale Ausbildung führten in der DDR schließlich zum Votum für die deutsche Einheit und jenseits der Oder mündeten sie in die „Rückkehr nach Europa“.

### Neo-Ideologien ersetzen klassische Formen ideologischer Grundströmungen der Moderne

Noch im ausgehenden 20. Jahrhundert und vor dem Scheitern des „Staatssozialismus“ wurden klassische Formen der oben genannten ideologischen Grundströmungen der Moderne durch Neo-Ideologien wie Neokonservatismus und Neoliberalismus ersetzt. Im Falle der sozialistischen ideologischen Grundströmung kam es hingegen nicht oder bislang nur in sehr schwachem Maße zur Neo-Ideologie. Keime und Ansätze in dieser Hinsicht, die innerhalb wie außerhalb der Länder des realen Sozialismus erkennbar waren, wurden seinerzeit ausgetreten oder konnten sich nicht entfalten, solange der Ostblock bestand. Ich gehe davon aus, dass es nach dem Untergang des Realsozialismus im 21. Jahrhundert auch zu einer sozialistischen Neo-Ideologie kommt und die bestehende Leerstelle besetzt wird.<sup>43</sup>

Die bestehenden Neo-Ideologien (wie auch die erst im Entstehen begriffene sozialistische Neo-Ideologie) unterscheiden sich aktuell und perspektivisch von ihren klassischen Vorgängern in einer Reihe von Punkten:

- dass sie in ihrem Rahmen jeweils für „global wirkende Kräfte Orientierungen... für globale Probleme suchen“,
- dass sie auf „veränderte Vergesellschaftungsvorstellungen“ und „-formen“ reagieren,
- dass sie sich den „Grenzen der Moderne und den unvermeidlichen Selbstbeschränkungen stellen [müssen]“, d.h. Fragen nach den „Grenzen des Wachstums“, Klimawandel, ökologischen Herausforderungen, in neuer Weise sozialen Fragen,
- dass es „keine eindeutige Zuordnung sozialer Akteure zu den ideologischen Strömungen“ mehr gibt.<sup>44</sup>

Über die erst im Entstehen begriffene sozialistische Neo-Ideologie lässt sich darüber hinaus und für sich genommen vermuten, dass sie sich auf eine Abkehr von Essentials des Staatssozialismus gründet (wie Diktatur des Proletariats, Ein-Parteiherrschaft, „demokratischer Zentralismus“, zentralistische Planwirtschaft ohne Marktbeziehungen, Ausblendung ökologischer Fragen, keine oder nur gelenkte Öffentlichkeit,

---

<sup>43</sup> Siehe dazu auch: Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, J. H. W. Dietz, Bonn 1999.

<sup>44</sup> Michael Brie: Ist eine sozialistisch orientierte Wissenschaft überhaupt möglich? In: M. Brie/Dieter Klein (Hg.): Umbruch zur Moderne, Hamburg 1991: 154 f.

bedingtes Patriarchat, d.h. Geltung des Geschlechts als gesellschaftliche Zuordnungs- und Rangkategorie...). War für die sozialistische Idee im klassischen Sinne die Bearbeitung und Lösung der sozialen Frage zentral, so ist ferner anzunehmen, dass sie nicht ihre Bedeutung, wohl aber ihre Zentralität verliert. Die sozialistische Neo-Ideologie kreist nicht um ein „Projekt“, sondern hat ihre orientierende Kraft für eine Pluralität von Projekten und Subjekten zu erweisen.<sup>45</sup>

Der klassische oder traditionelle Nationalismus forderte eine eindeutige Loyalität zu einer einzigen, der je eigenen Nation ein. Etwaiges Schwanken von Individuen und Gruppen wurde negativ sanktioniert. Der Nationalismus im traditionellen Sinne ist keineswegs aus der Welt. Zumal die „[...] Auflösung des Ostblocks... in Osteuropa nur ein Auffangbecken gefunden [hat]: die Nation.“<sup>46</sup> Zugleich sind ein schwindender Einfluss des traditionellen Nationalismus und parallel dazu ein Erstarren transnationaler, gemeinschaftlicher (wie auch subnationaler) Metaidentitäten festzustellen. Mithin existiert insbesondere in Einwanderungsgesellschaften, zu denen de Facto auch Deutschland gehört, eine gewachsene Anzahl von Personen und Gruppen, die eine doppelte oder mehrfache Loyalität ausgebildet haben. Zwar hat es das auch im 19. und 20. Jahrhundert gegeben. Relativ neu ist, dass zumindest partiell Mehrfachloyalitäten tendenziell von der Mehrheitsgesellschaft in höherem Maße als ehemals toleriert werden. Freilich gibt es bei der offiziellen Anerkennung der Träger von doppelten Loyalitäten deutliche Unterschiede. In der Bundesrepublik zeigt sich das etwa bei Stellungnahmen von Inländern zum Nahostkonflikt oder in der Kurdenfrage. Das aber bedeutet auch, dass internationale, auswärtige Konflikte in starkem Maße auf zeitgenössischen Gesellschaften durchschlagen und aus deren Zivilgesellschaften heraus auswärtige Konfliktparteien nicht nur symbolisch Unterstützung erfahren.

### Über den tiefen Fall und die Wiederkehr der sozialistischen Idee im Ensemble der Groß-Ideologien der Moderne

Im Verlauf von zwei Jahren brach in allen Ländern des Ostblocks das staatssozialistische System zusammen. Mit dem Fall des Staatssozialismus erfolgte auch eine nachhaltige Diskreditierung der sozialistischen Idee schlechthin. Vor allem, aber nicht nur in den einst von der Sowjetunion dominierten Ländern. Sie erschien abgewirtschaftet, erledigt, tot. Die charakteristische Verhaltensform der Funktionseleiten in den Ländern des Ostblocks war nicht die Verteidigung des Systems, sondern das Überlaufen (Schütrumpf). Die neuen Eliten aller Bereiche der postsozialistischen Gesellschaften – mit Ausnahme Ostdeutschlands – rekrutierten sich aus den alten (vormals „sozialistischen“) Funktionseleiten, Re-Emigranten und aus der jeweiligen Opposition. In einigen Ländern Mittel und Osteuropas sowie Nachfolgestaaten der Sowjetunion ging aus den Trümmern des Staatssozialismus ein Kapitalismus ohne Phrase hervor.

---

<sup>45</sup> Vgl. Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, J. H. W. Dietz, Bonn 1999.

<sup>46</sup> Werner Weidenfeld: Karl-Rudolf Korte: Die Deutschen. Profil einer Nation, Klett-Cotta, Stuttgart 1991: 239.

Mit der Idee des Sozialismus fiel auch alles, was sich als „links“ verstand oder als links angesehen wurde. In etlichen postsozialistischen Ländern wie z.B. Polen gibt es keine organisierte Linke mit nennenswerten Einfluss mehr.

Fast schien es so, als ob der Sozialismus, der mehr als ein Jahrhundert im Ensemble der Groß-Ideologien der Moderne eine überaus große Rolle – auch für seine Kontrahenten – gespielt hat, als orientierende wirkungsmächtige Kraft am Ende sei.

Insofern hat Jörn Schütrumpf Recht, wenn er feststellt:

„Die Stahlbäder, durch die die sozialistische Idee seit 1917 gezogen wurde, haben vor allem eines bewirkt: Bei den Unterdrückten, Ausgebeuteten Entrechteten, und Gedemütigten löst die Idee des Sozialismus alles Mögliche aus, nur zweierlei nicht: – Hoffnung und Sehnsucht...“<sup>47</sup>

Wenn es sich so verhält, worin gründet dann meine Annahme (siehe Überschrift), dass eine Wiederkehr, Renaissance der sozialistischen Idee als Neo-Ideologie zu erwarten ist?

Zunächst gründet sich die Annahme darauf, dass die Groß-Ideologien der Moderne in einem „Verweisungszusammenhang“ stehen. Damit sind „Konnexe von untereinander verbundenen Elementen“ gemeint, die immer wieder aufeinander abgestimmt werden“ (Gerhard Schulze). Der weltweite Siegeszug des Neo-Liberalismus, des Konservatismus und des Nationalismus ruft zwangsläufig Gegenbewegungen hervor, die – unter welchen Bannern und Vorzeichen auch immer sie antreten – in der Sache (auch oder gerade) sozialistische Konturen annehmen.

Ich gehe mit Trittin<sup>48</sup> weiterhin davon aus, dass Klimawandel und soziale Ungleichheit die großen historischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind, und zwar in globaler wie auch europäischer Perspektive. Zwar kann die Palette der historischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auch weiter gefasst werden. Doch letztlich lassen sie sich m.E. auf die zwei genannten zurückführen. Für die Bewältigung dieser Herausforderungen besteht ein Zeitfenster. Gelingt es nicht im Verlaufe des 21. Jahrhunderts den Klimawandel, die Erderwärmung zu stoppen, drohen Natur- und soziale Katastrophen von apokalyptischen Ausmaßen<sup>49</sup> oder aber eine Öko-Diktatur. Nun verhält es sich aber so, dass die Bewältigung des Klimawandels ohne Eindämmung der sozialen Ungleichheit nicht zu haben ist. Es gibt kein Nacheinander bei der Bearbeitung beider Herausforderungen, sondern ein Dilemma bzw. Postulat der Gleichzeitigkeit – in Deutschland, in Europa, in der Welt. Sowohl der Inhalt der

---

<sup>47</sup> Jörn Schütrumpf: Der rote Oktober, Neues Deutschland Sonnabend/Sonntag, 1./2. November 2014, S. 21.

<sup>48</sup> Vgl. Jürgen Trittin: Stillstand. Made in Germany. Ein anderes Land ist möglich, Gütersloh 2014.

<sup>49</sup> Vgl. Friedrich-Wilhelm Gerstengarbe/Harald Welzer (Hg.): Zwei Grad mehr in Deutschland. Wie der Klimawandel unseren Alltag verändern wird. Das Szenario 2040, Frankfurt a. M. 2013; Gwynne Dyer: Schlachtfeld Erde. Klimakriege im 21. Jahrhundert, Stuttgart 2010; Harald Welzer: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt a. M. 2008.

skizzierten historischen Herausforderungen als auch die erforderliche Gleichzeitigkeit ihrer Bearbeitung sind m.E. ein für die Renaissance sozialistischer Ideen und Bestrebungen überaus günstiger Kulturboden. Warum? Weil die Thematisierung und Bearbeitung sozialer Ungleichheit zum „Markenkern“ der sozialistischen Idee gehört und die sozialistische Neo-Ideologie sich von der staatssozialistischen unter anderem dadurch abhebt, dass sie sich der ökologischen Frage stellt.

Schließlich lassen sich Akteure und Institutionen erkennen sowie soziale und geographische Räume einkreisen, für die bzw. in denen nach dem Untergang des Staatssozialismus die sozialistische Idee weniger tot und erledigt war als andernorts. Dort fand und findet eine Art Tradierung und weiterhin eine Reflexion sozialistischer Ideen und Bestrebungen statt. Zwar lässt sich gegenwärtig nicht abzusehen, ob jene Räume nur ein über- und aufnahmefähiger Resonanzboden für eine andernorts sich formierende sozialistische Neo-Ideologie sein werden oder ob sie auch eine maßgebliche Rolle bei der Kreation der sozialistischen Neo-Ideologie selbst spielen. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass zu diesen Räumen Deutschland gehört. Insofern lässt sich festhalten, dass Deutschland in Europa auch nach dem Untergang des Staatssozialismus und der DDR eines der Mutterländer oder Refugien der sozialistischen Idee ist. Freilich ist die Bedeutung und Prägekraft Deutschlands als eines der Mutterländer der sozialistischen Idee heute ungleich geringer als sie es etwa um 1900 war.

Inwiefern und warum aber das vereinte Deutschland sich als eine der Heimstätten der sozialistischen Idee präsentiert, will ich im nächsten Abschnitt zeigen.

Deutschland – eines der Mutterländer der sozialistischen Idee im Europa des 21. Jahrhunderts?!

Schema typischer Verbindungen von sozialistischen Ideen und Subjekten in Deutschland

Wenn man einmal von ihren verschiedenen Spielarten absieht, so lassen sich schematisch – nach Maßgabe der Intensität – vier typische Verbindungen von sozialistischen Ideen und Subjekten, Akteuren, sozialen Trägern erkennen:

- a) Keine oder negative Verbindung (Gegnerschaft) von Subjekten mit der sozialistischen Idee. Dabei handelt es sich um Vertreter anderer Groß-Ideologien der Moderne. Sie verfolgen explizit oder in der Sache nicht-sozialistische Interessen, Wertvorstellungen und unterstützen entsprechende Programme und Politiken. Bei derzeitiger Hegemonie des Neoliberalismus ist diese (negative) Verbindung von Subjekten mit sozialistischen Ideen die am meisten verbreitete;

- b) Unbewusste Verbindung mit und Nähe zur sozialistischen Idee als Charakteristikum der „unbewusste(n) Sozialisten“<sup>50</sup>. „Unbewusste Sozialisten“ sind Personen, die sozialistische Vorstellungen in sich tragen, verinnerlicht haben, sich selbst aber nicht als Sozialisten sehen, ja ihre Teilhabe an sozialistischen Ideen unter Umständen empört von sich weisen. Insofern ist ihr Sozialismus ein unbewusster. Am „unbewussten Sozialismus“ zeigt sich, dass und wie Versatzstücke von Theoremen in die je eigene Weltanschauung von Individuen und Gruppen ein- und in ihr umgeschmolzen werden.
- „Unbewusste Sozialisten“ denken, wenn wir Bender folgen, eher in sozialen als in betriebswirtschaftlich-ökonomischen Kategorien. Sie halten soziale Ungleichheit weder für gottgegeben noch für natürlich oder gar für notwendig. Sie sind zwar für Marktwirtschaft, aber es ist aus ihrer Sicht unverantwortlich und falsch, alle menschlichen Grundbedürfnisse den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen. Sie schätzen Erfolg und würdigen Effizienz, doch bedeuten ihnen Erfolg und Effizienz nicht alles. Vom Staat wird viel erwartet. Und zwar weit mehr als er nach den Privatisierungssorgien und Deregulierungswellen, aufgrund notorisch klammer Kassen sowie der herrschenden Auffassungen darüber, was des Staates ist, leisten kann und will. „Unbewusster Sozialismus“ ist keine praktisch-geistige Denk- und Verhaltensweise, die sich auf Dauer durchhalten lässt. Entweder erzwingen die Postulate des Marktes und der Konkurrenz sowie die Regeln, Reviere und Rituale der Subsysteme, in die „unbewusste Sozialisten“ eingebunden sind, Anpassungen, Korrekturen, Revisionen der skizzierten Haltungen, mithin ein Abstreifen des Sozialistischen oder ein Coming Out als (bewusste) Sozialisten. „Unbewusster Sozialismus“ als solcher ist relativ sozial folgenlos. Es sind aber Konstellationen möglich und denkbar, in denen die sozialistischen Dispositionen aktiviert werden und in Handeln umschlagen;
- c) Reflektierte Akzeptanz der sozialistischen Idee. Diese Verbindung findet sich bei Personen, die die sozialistische Idee als legitim akzeptieren und gewisse Affinitäten für den Sozialismus ausgebildet haben. Dies äußert sich vor allem in einer unterschiedlich großen Distanz zu Essentials der als kapitalistisch wahrgenommenen Gegenwartsgesellschaft, wiederum vor allem in der Umfrage- und Meinungsforschung oder/ und bei Wahlen sowie partiell in Projekten und Gründungen, die tatsächlich oder auch nur vermeintlich über die Gegenwartsgesellschaft hinausweisen;
- d) Identifikation mit der sozialistischen Idee von „bewussten Sozialisten“, mithin von Personen, die sich als Sozialisten wahrnehmen und auch von anderen als solche wahrgenommen werden. Demokratische, christliche Sozialisten etc. versuchen im Rahmen verschiedener Parteien, Organisationen, Institutionen, Vereine, Bewegungen jeweils an sozialistischen Ideen orientierte Vorschläge

---

<sup>50</sup> Peter Bender: Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr? Luchterhand, Hamburg Zürich 1992: 28; 116-119 .

einzubringen und Lösungen durchzusetzen. Sie haben auch ein gewisses Interesse an der Reflexion wie Fortentwicklung der sozialistischen Idee, an der Tradierung bewahrenswert erscheinender Komponenten.

Allerdings liegen für die verschiedenen Kategorien des Schemas nur bedingt jeweils empirische Daten vor. Für den Anteil der als „unbewusste Sozialisten“ klassifizierten Personen an der Gesamtbevölkerung existieren nur qualitative Einschätzungen. Überhaupt nicht quantifiziert werden können die „bewussten Sozialisten“. In der Umfrage- und Meinungsforschung der Bundesrepublik, auf die wir hier uns stützen, wird die Einstellung zur sozialistischen Idee gewöhnlich am Grad der Zustimmung zu der Antwortvorgabe „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“ gemessen. Bei einer vierstufigen Skala von 1 (stimme voll zu) bis 4 (stimme überhaupt nicht zu) werden die Antwortalternativen 1 und 2 als zustimmendes Votum quittiert. Mit Blick auf das aufgeführte Schema der Verbindung von sozialistischer Idee und Trägern werden wohl mit dem Item „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“ die Antworten jener erfasst, die den Kategorien c und d zugeordnet wurden.

#### Relativ positive Einstellung zur Idee des Sozialismus in Deutschland. Empirische Daten – von den 1990ern bis 2015

Natürlich hat der zunächst schleichende Niedergang und dann abrupte Untergang des Staatssozialismus auch in ganz Deutschland die Akzeptanz, Strahlkraft der sozialistischen Idee unterminiert. Und es lassen sich seit Beginn der 1990er Jahre bis 2014/2015 Schwankungen erkennen. In den alten Bundesländern hielten aber immerhin zwischen 1991 und 1996 zwischen 36 Prozent (1991) und 46 Prozent (1996) der Befragten den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. In den neuen Bundesländern waren es 68 Prozent (1992) und 79 Prozent (1996).<sup>51</sup>

1992 urteilte zudem Peter Bender: „Viele, wahrscheinlich die meisten Ostdeutschen sind unbewusste Sozialisten geworden.“<sup>52</sup> An anderer Stelle meinte er, dass es „unbewusste Sozialisten“ auch im Westen gebe.

Im europäischen Vergleich war und ist die Akzeptanz und Strahlkraft der sozialistischen Idee in Deutschland auch nach dem Niedergang und Zusammenbruch des Staatssozialismus vergleichsweise recht hoch. Zwar bestimmt sie nicht die Politik der Bundesrepublik und auch kaum das Agieren der Funktionseliten der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche und Ebenen. Dennoch ist immerhin bemerkenswert, wenn nicht nur in den 1990er Jahren, sondern auch in der Gegenwart (2014/2015)

---

<sup>51</sup> Vgl. Oscar W. Gabriel: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen, in: Berichte der KSPW zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland Bd.3 Politisches System, Leske + Budrich, Opladen 1996: 243 [Tabelle1].

<sup>52</sup> Peter Bender: Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr? Luchterhand, Hamburg Zürich 1992: 28.



in repräsentativen Umfragen 37 Prozent der befragten Westdeutschen und 59 Prozent der befragten Ostdeutschen eine positive Einstellung zur Idee des Sozialismus erkennen lassen.<sup>53</sup>

Wie ist die vergleichsweise erstaunlich hohe empirisch nachweisbare Akzeptanz der sozialistischen Idee in Deutschland zu erklären? Welche Faktoren haben einen bodenlosen Fall in Deutschland offenkundig abgebremsst? Sie ist zunächst sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands ein Erbe der Zweistaatlichkeit

### Relativ eigenständige sozialistische Tradition im Westen zwischen 1949 und 1990 wirkte immunisierend und federte den Untergang des Staatssozialismus ab

Sowohl die Autonomie als auch die wechselseitige Aufeinanderbezogenheit der zwischen 1949 und 1990 bestehenden beiden deutschen Staaten und Gesellschaften tangierte nicht zuletzt die Ausformung, Existenzweise wie auch das Schicksal der sozialistischen Idee nach dem Scheitern des Staatssozialismus. Im Westen Deutschlands hat sich in der Zeiten der deutschen Zweistaatlichkeit durchaus eine eigenständige sozialistische Tradition ausgebildet. Charakteristisch für die Sozialisten in Westdeutschland war, dass sich ihre Positionen im Spannungsfeld zwischen Annäherungen und kritischer, wenn nicht gar massiver Distanz zum DDR-Sozialismus entwickelten. Für die meisten Personen, die im Westen Sozialisten geworden und geblieben sowie für jene Sozialisten, die aus der DDR in den Westen gekommen waren, weil sie es dort nicht mehr aushielten, hatte der Sozialismus des Ostblocks im Allgemeinen und der in der DDR im Besonderen keine oder nur sehr geringe Leuchtkraft. Er war für sie keine Orientierungsgröße, kein Leitstern. Daher verschlechterten sich mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus sehr wohl für Sozialisten im Westen Deutschlands das politische Klima, ihre Wirkungsmöglichkeiten in Organisationen und Institutionen der Bundesrepublik. Aber für sie war mit dem Scheitern des Staatssozialismus keineswegs die sozialistische Idee erledigt. Soweit die Sozialisten der Alt-Bundesrepublik politisch organisiert waren, fanden sie sich in verschiedenen Parteien, in denen sie allerdings meist eine eher marginale Rolle spielten. Ferner agierten Sozialisten in Gewerkschaften, in den Groß-Kirchen, sozialen Bewegungen. Sie waren in manchen wissenschaftlichen und Forschungsinstitutionen präsent und hatten einige Lehrstühle an Universitäten und Hochschulen inne. Für die in der SPD und ihrem Umfeld wirkenden Sozialisten spielt die Zielvorstellung vom „demokratischen Sozialismus“ eine prominente Rolle. Für die SPD als Ganzes und ihre Führung gilt das indes nicht.

„Im August 2003 vor dem 140. Jahrestag der SPD schlug der damalige Generalsekretär Olaf Scholz vor, den Begriff ganz aus dem künftigen SPD-Grundsatzprogramm

---

<sup>53</sup> Vgl. Klaus Schroder/ Monika Deutz-Schroeder: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. 2015; vgl. Herausgeber BMWI: Deutschland 2014. 25 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit – öffentliche Vorstellung eines Forschungsprojekts. Sind wir ein Volk? Kurzzusammenfassung der Ergebnisse. Februar 2015, S. 25.

zu streichen: `Es gibt keinen Zustand mit diesem Namen, der auf unsere marktwirtschaftlich geprägte Demokratie folgen wird. Deshalb sollten wir nicht solche Illusionen erzeugen`. Die Partei müsse im 21. Jahrhundert `die Blickrichtung wechseln`. Der Begriff lege den Irrtum nahe, dass die SPD ein Konzept jenseits des Kapitalismus vertrete. Scholz löste damit eine heftige parteiinterne Debatte aus...“[Er drang indes mit seinem Antrag nicht durch – Einfügung des Autors.] „Das am 28. Oktober 2007 beschlossene Hamburger Programm hebt den Begriff als Tradition der SPD und gesamtgesellschaftliche Zielvorstellung erneut hervor... Die Jungsozialisten (Jusos) orientieren sich ebenfalls an diesem Begriff.“<sup>54</sup>

Insofern sich also im Westen Deutschlands eine relativ eigenständige sozialistische Tradition entwickelt hatte, die vom Untergang des Staatssozialismus nicht direkt ins Mark getroffen werden konnte, war auch die Tradierung sozialistischer Vorstellungen in der Abfolge der Generationen nicht grundsätzlich gefährdet. Bei aller Hegemonie des Neoliberalismus besteht bei einer nicht unbeträchtlichen Minderheit von gegenwärtig etwa 37 Prozent der Menschen im Westen Deutschlands eine Affinität gegenüber sozialistischen Ideen.

### Das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (Dahrendorf) stärkt partiell sozialistische Positionen und ihre Träger

Wenn auch nicht so krachend gescheitert wie das staatssozialistische Projekt einer Totalalternative zum Kapitalismus, so ist allerdings auch das sozialdemokratische Projekt und Versprechen eines „sozialstaatlich gebändigten Kapitalismus“ spätestens seit der Jahrtausendwende und der Agenda 2010 für viele Menschen wahrnehmbar an seine Grenzen gestoßen und hat seinen Glanz verloren. Dafür haben Weichenstellungen in Richtung eines Globalisierungskapitalismus und der unter neoliberalen Vorzeichen vorangetriebene Umbau der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren, die Zunahme der sozialen Ungleichheit gesorgt. Bereits Anfang der 1980er Jahre hatte Dahrendorf das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts verkündet.<sup>55</sup> Während aber in manch anderen Ländern Europas in der Gegenwart die großen und kleineren gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen allein zwischen „Liberalkonservativen“ und „Nationalkonservativen“ ausgetragen werden, beziehen sich Gegenkräfte in Deutschland direkt oder indirekt stärker auch auf sozialistische Ideen. Denn weder in der Tradition der Liberalen noch der Konservativen steht der Vorrang demokratischer Öffentlichkeit und Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch nicht die Thematisierung und Bearbeitung der sozialen Ungleichheit oder aber nur bedingt die Aufhebung des Geschlechts als Rang- und Zuordnungskategorie. Liberale und Konservative positionieren sich anders in Fragen von Krieg und Frieden und fassen die Verantwortung Deutschlands in der Welt anders auf als Sozialisten. Gleiches gilt für

---

<sup>54</sup> Demokratischer Sozialismus: [https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratischer\\_Sozialismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratischer_Sozialismus) [Zugriff: 30.06.2015]).

<sup>55</sup> Vgl. Ralf Dahrendorf: Die Chance der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983.

die universelle Geltung der Menschenrechte, für Nachhaltigkeit, das Spannungsfeld von Beschleunigung und Entschleunigung...

In den Jahren 2004/2005 entstand die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die sich vorrangig aus regierungskritischen SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern rekrutierte. Sie vertrat demokratisch-sozialistische, sozialdemokratische und gewerkschaftsnahe Positionen, wurde aber auch für Eurokommunisten und andere linke Gruppen attraktiv. Im Jahre 2007 wurden die Weichen für den Zusammenschluss mit der vor allem im Osten stark verankerten Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) zur Partei Die Linke gestellt. Damit aber trafen aber auch unterschiedliche politische Kulturen aufeinander. Die Krise des sozialdemokratischen Versprechens, den Kapitalismus sozialstaatlich zähmen zu können, hat mithin nicht nur das Lager der Neoliberalen, Konservativen und ihres Anhangs gestärkt, sondern partiell auch die sozialistischen Kräfte in Deutschland.

### [Woraus sich die hohe Akzeptanz der sozialistischen Idee in den neuen Bundesländern speist](#)

M. E. hat sich die Sonderrolle der DDR im Ostblock wie auch der spezifische Transformationspfad (im Vergleich mit anderen postsozialistischen Ländern) auf das Schicksal der sozialistischen Idee nach dem Scheitern des Staatssozialismus in Ostdeutschland ausgewirkt.

Es geht mir nicht darum, den Sozialismus in der DDR schön zu reden. Doch im Rahmen des Ostblocks war die DDR die Gesellschaft mit der höchsten Produktivität, dem höchsten Lebensstandard und der am meisten ausgebildeten Sozialstaatlichkeit. Hier war das Ausmaß des ausgeübten Terrors geringer und es gab vergleichsweise wenig Korruption. Die DDR wies im Vergleich mit anderen Ostblockstaaten eine Reihe weiterer Besonderheiten auf, wobei ich weniger die Mauer und die Stasi im Blick habe. Solche Besonderheiten werden vermutlich kommenden Generationen die DDR als ein Land erscheinen lassen, dass eine interessante Geschichte hatte:

1. Nirgendwo erfolgte ein so weitreichender Elitenwechsel nach 1945 und vielfach auch eine Neubesetzung gehobener und mittlerer Positionen. Dies war der Fall, weil sich die deutschen Eliten und sehr viele Inhaber gehobener und mittlerer Positionen auf das NS-Regime eingelassen hatten und ab 1944/1945 und in den Folgejahren nach Westen absetzten. Dies geschah freilich auch aus anderen Gründen. Die freien Positionen waren neu zu besetzen. Dadurch wurde die DDR zeitweilig zur dynamischsten Gesellschaft Europas, d.h. die Gesellschaft mit der höchsten Aufwärtsmobilität. Freilich war diese Dynamik ein temporärer Effekt und nicht auf Dauer zu stellen. Aber er blieb bei den betroffenen Personen und ihren Familien in Erinnerung. Aus dem zuvor genannten Grunde setzte die Bildungsexpansion und Bildungsexplosion früher als andernorts ein. Die DDR wurde auf diesem Wege zu einer Lerngesellschaft.
2. Gegenüber der Vorkriegszeit wuchs die Bevölkerung der SBZ und DDR zunächst deutlich auf über 19 Millionen, um dann beständig sich zu vermindern.

Die DDR war mithin das einzige Land in Europa, dessen Bevölkerung sich im Verlaufe seiner Geschichte stetig verringerte, hauptsächlich durch Abwanderung (bis 1961 knapp 3 Millionen) in die Alt-Bundesrepublik. Die Zuwanderung aus dem Westen von 0,5 Millionen in die DDR konnte die Verluste nicht ausgleichen. Wie konnte eine Gesellschaft solche Verluste an ihrer wichtigsten Ressource verkraften und dennoch bestehen? Was machte der Aderlass mit einer solchen Gesellschaft? Nach der Vereinigung setzte sich die Abwanderung in das westdeutsche Bundesgebiet indes auf hohem Niveau fort. Hauptsächlich handelt es sich um Arbeitsmigration. Der Zustrom aus den alten Bundesländern in den Osten war ebenfalls beachtlich, aber er fiel geringer aus. (Die Wanderungsverluste durch Arbeitsmigration sind auch in einer Reihe postsozialistischer Gesellschaften beträchtlich). In den schrumpfenden Städten, Dörfern und Regionen setzte nach 1990 ein infrastruktureller Kahlschlag ein und es stehen weiterhin noch vorhandene Infrastrukturen aller Art zur Disposition (Schulen, Supermärkte, Ladengeschäfte, Poststellen, Gaststätten, Bankfilialen, Verkehrsanbindungen...). Nur durch Zuwanderung können neue Perspektiven für jene Sozialräume gewonnen werden. Doch dagegen sperren sich weite Bevölkerungskreise.

3. Da in der sowjetisch besetzten Zone und DDR kriegsbedingt ein Frauenüberschuss (1946: 135 Frauen auf je 100 Männer) bestand und zudem in der deutschen Arbeiterbewegung Konzepte und Modelle zur Lösung der Frauenfrage angearbeitet waren<sup>56</sup>, mussten Lösungen gefunden werden, die den Frauen mehr als nur ein Überleben sicherten. Und sie wurden gefunden. Hinsichtlich der Gleichstellung und Emanzipation der Frauen wurde im Verlaufe der Geschichte der DDR ein Niveau erreicht, das sich im europäischen und Weltmaßstab sehen lassen kann. Der Gleichstellungs- und Emanzipationsschub der Frauen hat sich verstetigt und trägt auch nach 1990 weiter.
4. Auch die DDR war eine Gesellschaft, in der allgemeine und je spezifische Formen sozialer Ungleichheit bestanden. In der DDR wurden indes soziale Grenzen in stärkerem Maße verflüssigt und durchlässiger als es in anderen Gesellschaften des Ostblocks möglich oder aber gelitten war. Dort war die Trennung zwischen „oben“ und „unten“ viel schärfer ausgeprägt als im ostdeutschen Teilstaat. Selbst das Militär war davon nicht frei: in anderen Armeen hatten Offiziere Burschen, die der NVA hatten sie nicht. Nur in der DDR kam es zu einer derart ausgeprägten Ausbildung einer „arbeiterlichen Gesellschaft“. (In den anderen Ländern bestanden freilich vergleichbare Ansätze). Mit „arbeiterlicher Gesellschaft“ ist bei Engler gemeint, dass die Arbeiter in der DDR zwar nicht herrschten, nicht die politische Macht hatten, wohl aber sozial und kultu-

---

<sup>56</sup> Vgl. August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, 62. Auflage, Dietz, Berlin 1946.

rell vielfach den Ton angaben und auch aus der politischen Ungleichheit Vorteile zogen.<sup>57</sup> Die „arbeiterliche Gesellschaft ist mit der DDR untergegangen, aber als Besonderheit des ostdeutschen Teilstaates festgehalten zu werden, verdient dieses Phänomen schon.

5. Die bereits erwähnte Ausbildung des „ostdeutschen Volksatheismus“ hat sich als irreversibel erwiesen. In anderen postsozialistischen Gesellschaften (mit Ausnahme Tschechiens und Estlands) kam es nach dem Untergang des Staatssozialismus zu einem engen Schulterschluss zwischen Eliten, breiten Bevölkerungskreisen und den jeweils dominierenden Kirchen.

Das alles spielte für die meisten Bürger des Landes, solange die DDR bestand, insofern keine große Rolle, als ihr Blick nicht nach Osten, sondern nach Westen, auf die Alt-Bundesrepublik gerichtet war. Doch nach dem Ende der DDR veränderte sich die Wahrnehmung des ostdeutschen Teilstaates. So konnte die DDR im Rückblick und vor dem Hintergrund von Transformations- und Vereinigungskrisen (De-Industrialisierung und Freisetzung von Millionen Arbeitskräften) nach 1990 sowie der Dämonisierung der DDR in der medialen und politischen Öffentlichkeit in den Augen breiter Bevölkerungskreise Ostdeutschlands in einem milden, zumindest milderem Licht erscheinen. Zumal viele einstige DDR-Bürger sozialistische Wert- und Zielvorstellungen verinnerlicht hatten. Daher stieg in den 1990er Jahren die Zustimmung zur Antwortvorgabe >Sozialismus – gute Idee, schlecht verwirklicht< – bis an die 80 Prozent-Marke, um sich in der Gegenwart (2014/15) auf ein immer noch sehr hohes Maß von knapp 60 Prozent (!) einzupegeln. Zugleich verbesserte sich mit der deutschen Einheit der Zugang zur Breite und Vielfalt sozialistischen Denkens in Vergangenheit und Gegenwart im Osten erheblich.

Sozialisten in Ostdeutschland waren und sind in verschiedenen Parteien, Organisationen zu finden. Nicht zuletzt in der aus der SED hervorgegangenen Partei des demokratischen Sozialismus (PDS), später der Linken. Sie erreicht bei Wahlen im Osten je nach Region 20 bis 30 Prozent der Wählerstimmen. Innerhalb der Linkspartei gibt es (wie zuvor auch in der PDS) verschiedene Strömungen, die sich auch in ihrer Haltung zur sozialistischen Idee und zur DDR in mancher Hinsicht unterscheiden.

Die Niederlage im Kalten Krieg wurde von Sozialisten aus der DDR in vielfältiger Weise verarbeitet. Sie äußerte sich unter anderem auch in einer kritischen Reflexion des staatssozialistischen Systems und der Geschichte des Realsozialismus und in einer stärkeren Bereitschaft als ehemals, das Sozialistische neu zu denken und zu fassen. Wenn es darum geht, zu erklären, dass und warum das sozialistische Element mit dem Untergang der DDR nicht aus dem nationalen Diskurs verschwand, ist neben den bereits aufgeführten Aspekten ein weiterer Umstand beachtenswert – der Modus des „Elitenwechsels“ in Ostdeutschland. Während in den meisten anderen

---

<sup>57</sup> Vgl. Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Aufbau, Berlin 1999: 173-208.

Ländern des einstigen Ostblocks die typische Verhaltensform der staatssozialistischen Eliten das „Überlaufen“ (Schüttrumpf) war, bestand diese Option für die Funktionsebenen der DDR nicht. Die Schlüsselpositionen, ferner die meisten gehobenen, ja selbst mittlere Positionen in den neuen Bundesländern wurden in nahezu allen Bereichen von Westdeutschen besetzt.<sup>58</sup> Die früheren Inhaber jener Positionen waren mithin überflüssig. Sie wurden nicht gebraucht, sondern freigesetzt. Die Jüngeren unter ihnen begaben sich auf die Suche nach einer neuen nicht mitsinkenden sozialen Position. Die Älteren gingen in die „bundesdeutsche Rente“ (Schüttrumpf)<sup>59</sup> oder in den Vorruhestand. Es stand so eine zahlenmäßig relativ große Gruppe von Menschen unterschiedlichen Alters mit vergleichsweise hohen und höchsten Qualifikationen bereit, die

- a) hinreichend soziale Energien aufbieten konnte,
- b) (sofern im Ruhestand) über Zeit und Muße verfügte und mehr oder weniger gut sozial abgesichert war,
- c) in der Regel weder überlaufen wollte noch konnte, sondern sich in hinreichendem Maße für die kritische Reflexion und Erneuerung der sozialistischen Idee interessiert.

Mithin existiert in Deutschland, im Westen wie im Osten, eine beachtliche Zahl von (freilich auch fragilen) Institutionen und Organisationen sowie von Akteuren, die in vielstimmiger Weise sich produktiv-kritisch auf sozialistische Traditionen beziehen, sich mit der Theorie- und Verwirklichungsgeschichte des Sozialismus befassen, sich mit der Reflexion, Kritik, Fortentwicklung sozialistischer Ideen beschäftigen. Sie beziehen sich dabei auch auf sozialistisch inspiriertes Denken außerhalb Deutschlands. Und Deutschland ist wiederum für Sozialisten bzw. Träger von Alternativen aus aller Welt ein interessantes Pflaster. Zwar ist die Weitergabe von Erfahrungen, Erkenntnissen und Lernprozessen an nachfolgende Generationen stets schwierig. Doch die Tradierung sozialistischen Denkens nach dem Scheitern des Staatssozialismus und der Erosion des sozialdemokratischen Projekts einer sozialstaatlichen Zählung, Bändigung des Kapitalismus scheint mir in Deutschland in der Abfolge der Generationen zumindest im Ansatz gegeben. Eben deshalb ist Deutschland trotz seiner neoliberalen Grundierung eines der Mutterländer der sozialistischen Idee im 21. Jahrhundert.

#### Fazit: Was bleibt denn nun von der DDR in der deutschen und europäischen Kultur?

Unter der Voraussetzung, dass es auch künftig deutsche und europäische Kultur(en) geben wird, möchte ich bei meiner zusammenfassenden Antwort – mit Blick auf kommende Generationen – zwischen Teilhabern an jenen Kulturen einerseits und Historikern wie historisch Interessierten andererseits unterscheiden.

---

<sup>58</sup> Vgl. Raj Kollmorgen: Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten, Berliner Debatte Initial 26(2015) 2, 17-33.

<sup>59</sup> Quelle siehe Anmerkung 44.

Für Herrn und Frau Jedermann wird die DDR aus dem „kommunikativen Gedächtnis“ (Assmann) etwa 80 bis 100 Jahre nach ihrem Untergang, also um 2100 verschwunden sein. Hier gilt: Man kann getrost und ohne größeren Schaden an Leib und Seele zu nehmen von einem Erbe zehren, ohne viel davon zu wissen oder gar sich der Herkunft zu erinnern. Im Falle der DDR als Staat und Gesellschaft wird im Rahmen der deutschen und europäischen Kultur all das bleiben und Bestand haben, was sie an Linien, Bestrebungen und Tendenzen dieser wie jener entnommen, aufgegriffen und mit einer Eigenleistung versehen, weitergetragen hat. Aufgegriffen hat die DDR erstens die (universelle) sozialistische Idee. Die DDR- „Eigenleistung“ bestand einmal darin – im Verein mit anderen – die sozialistische Idee in spezifischer Weise auszuformen als „Staatssozialismus“ und dabei aber mehr als andere Länder des Ostblocks den Idealtypus des Staatssozialismus zu repräsentieren. Selbstverständlich kam auch der Sozialismus in den Farben der DDR nicht ohne systemfremde Krücken aus. Doch die Sonderrolle der DDR im Ostblock hat im Kontext mit anderen Faktoren dazu beigetragen, dass das sozialistische Element im nationalen und europäischen Diskurs nach dem Untergang des Staatssozialismus nicht verstummt ist, ja Deutschland als eines der Mutterländer der sozialistischen Idee im 21. Jahrhundert reüssiert. Die DDR hat zweitens den historischen Prozess der Säkularisierung in spezifischer Weise vorangetrieben. Auf diese Weise entstand der „ostdeutsche Volksatheismus“, der offenbar irreversibel ist. Es gibt nur wenige Länder in Europa, von den USA ganz zu schweigen, in denen die Mehrheit der Menschen religiös nicht mehr ansprechbar ist. Mit dem Volksatheismus ändern sich die Balancen zwischen Konfessionen und Konfessionsfreien in Deutschland. Die DDR hat drittens den weltgeschichtlichen Prozess der Gleichstellung und Emanzipation der Frauen auf ihrem Territorium entschieden vorangetrieben, beschleunigt und in der Lebensweise verankern können. In dieser Hinsicht platzierte sich die DDR im internationalen Vergleich, trotz aller Unzulänglichkeiten, mit im Spitzenfeld. Dieser Schub trägt über den Untergang der DDR hinaus – ungeachtet einer nachholende Modernisierung des Frauenbildes im Westen Deutschlands. Viertens hat die DDR eine reiche Theater- und Orchesterlandschaft übernommen, unterhalten und in die Einheit eingebacht. Die Eigenleistung der DDR in dieser Hinsicht bestand sowohl darin, diese Spielstätten allesamt zu erhalten als auch darin, dass die DDR sich als Ort einer auch international viel beachteten Theaterkultur präsentierte. Deutschland hat heute noch die höchste Theaterdichte der Welt, wozu beide Teilstaaten beigetragen haben. Zu befürchten ist indes, dass aus fiskalischen Gründen vor allem im Osten Deutschlands im Verlaufe des 21. Jahrhunderts ein Theatersterben einsetzt. Schließlich gilt das Wort Hölderlins „Was bleibet aber, stiften die Dichter“ auch für literarische, bildkünstlerische, filmische und musikalische Produktionen, die zu DDR- Zeiten entstanden. Nur wissen wir nicht, welche Werke von kommenden Generationen rezipiert werden.

Soweit die DDR autonom war und autonom agieren konnte, hatte sie eine interessante, bunte und wechselvolle Geschichte, die viele internationale Bezüge aufweist. Die DDR-Geschichte ist zudem eine abgeschlossene Periode über die vielfältige,

nicht zuletzt dämonisierende Urteile vorliegen, die gerade deshalb Historiker und historisch Interessierte künftiger Generationen reizen werden, sich mit ihr erneut zu beschäftigen. Da in Jahrzehnten auch die Archive des westdeutschen Teilstaates offen liegen werden, sind davon neue Perspektiven auf die DDR und ihre Geschichte zu erwarten. An der DDR lassen sich wegen ihrer Nähe zum Idealtypus „Staatssozialismus“ dessen Leistungen, Defizite und Grenzen am besten ausloten. Autonomie und wechselseitige Bezogenheit beider deutscher Staaten werden aller Voraussicht von Historikern kommender Generationen neu vermessen, ihre Phantasie wie analytische Kraft beanspruchen und zu neuen Entdeckungen führen. Im vorliegenden Text wurden exemplarisch drei Fälle aufgeführt, in denen die DDR durch ihre bloße Existenz wie ihr Agieren innere Vorgänge und Entwicklung der Alt-Bundesrepublik nachhaltig beeinflusst hat – die (bundes)deutsch-französische Aussöhnung, den Einstieg in eine de Facto-Einwanderungsgesellschaft und Reformen im Bildungswesen. Zu erwarten sind Aufschlüsse über weitere Einflussfelder wie auch Analysen, in welchem Maße der westdeutsche Teilstaat Entwicklungen in der DDR auslöste.

Historiker und historisch Interessierte künftiger Generation in Deutschland und Europa werden sich der weltgeschichtlichen und europäischen Relevanz der deutschen Zweistaatlichkeit als Konstellation wie auch im Hinblick auf ihre Glieder – DDR und Alt-BRD – annehmen. Sie werden an sie erinnern und sie im Bewusstsein halten. Bot die Zweistaatlichkeit vor dem Hintergrund der Verschränkung von deutscher und europäischer Frage doch den Nachbarn Schutz vor dem in zwei Staaten existierenden Deutschland und zugleich Schutz für die beiden Deutschländer im Kalten Krieg vor dem tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Zugriff des je anderen Blocks. Die Rivalität der beiden Teilstaaten eröffnete darüber hinaus für Dritte innerhalb wie außerhalb der beiden gegenüberstehenden Blöcke vielfältige Spielräume und Handlungsoptionen für das Durchsetzen je eigener Interessen, die nunmehr entfallen sind.

In „geostrategischer“ Hinsicht spielt das vereinte Deutschland natürlich in einer anderen Liga als die beiden deutschen Teilstaaten zwischen 1949 und 1990. Es ist zur Hegemonialmacht in der Europäischen Union aufgestiegen und hat mit der Grexit-Drohung 2015 seinen Hegemonialanspruch für alle Welt wahrnehmbar und fühlbar gemacht. Wohin es das vereinte Deutschland treibt, ist offen. Der Beitritt der ostdeutschen Länder hat zwar hier und da durchaus Koordinaten der Bundesrepublik verschoben, doch ist das Gewicht des Ostens im Rahmen der Bundesrepublik zu gering und die Erbschaft der DDR zu buntscheckig, ambivalent und bislang zu schwach emanzipatorisch, um die Entwicklungsrichtung vorherzusehen.